

Einzelpreis 1 Heller.

Redaktion: A. Dörmann, Pöchlendorfergasse 12, Wien.

Telephone: Tagesredaktion: 6795, Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich Ks 16.— vierteljährlich 48.— halbjährlich 96.— ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Dienstag, 7. Oktober 1924.

Nr. 236.

Deutschnationale Arbeiterfürsorge.

In der Geschichte des Werdens der Sozialversicherung verdient das Verhalten der deutschbürgerlichen Parteien dauernd vermerkt zu werden. Es bildet für dieses deutsche Bürgertum, dessen politische Parteien immer so veräblich von der „Volksgemeinschaft“ und der nationalen Einheitsfront zu stören wissen, einen unverwundbaren Schandfleck. Das deutsche Volk bildet, so juchend sie dem Arbeiter einzureden, eine große Familie, welche die gleichen Interessen verbindet. Eifrig wird der deutschen Arbeiterchaft vorgehalten, es sei eine Erfindung des Marxismus, daß Bürgertum und Arbeiterchaft ein tiefer Klassengegenjah trenne, und daß die Interessen der Arbeiterchaft nur in einer eigenen selbständigen Klassenpartei vertreten werden können. Werdet deutsche Volksgenossen — was jübiert heißt wie: werdet Nachläufer der bürgerlichen Parteien — sagt euch vom internationalen Marxismus los und euer weltliches und materielles Wohl ist gerettet. Jahrzehntlang ertönt nun schon der deutschbürgerliche Sirenengefang und immer aufs neue wird beteuert, die deutsche Besitzklasse habe ein tiefes soziales Gefühl für die bedürftigen Volksmassen, auch habe sie keineswegs gegen die deutsche Arbeiterchaft, sondern nur gegen deren „volksfremde“ Führer etwas einzuwenden.

Doch siehe da! Am Parlamente steht gegenwärtig die Sozialversicherung zur Verhandlung! Was die Massen der Arbeiterchaft seit mehr als zwanzig Jahren erstreben und wofür sie gegen den Widerstand des Unternehmertums ebenso lange kämpfen, soll wenigstens in beiseitendem Umfang verwirklicht werden. Der alt und arbeitsunfähig gewordene Arbeiter, der sein Leben lang in der kapitalistischen Knochenmühle Mehrwert erzeugt hat, soll nun endlich eine übrigens wahrhaftig nicht üppige Rente erhalten. Ein Minimum soll ihn wenigstens vor dem Verhungern schützen. Die Arbeiterchaft hat alle Ursache, das Sozialversicherungsgesetz als einen Anfang, nicht als eine endgültige Lösung der Frage der Versorgung der invaliden, kranken und zu Krüppeln gewordenen arbeitenden Menschen anzusehen. Doch was tun die Parteien des deutschen Bürgertums? Wie verhielten sie sich bei der Verhandlung der Gesetzesvorlage im Abgeordnetenhaus? Man kann die Behauptung beweisen: wären die deutschbürgerlichen Parteien am Ruder, so würde die Sozialversicherung noch weitere Jahrzehnte auf sich warten lassen! Nicht eine dieser Parteien hat wenigstens soviel soziale Einsicht und Verständnis aufgebracht, wie die tschechoslowakischen Parteien, bei denen wohl auch politische Erwägungen mitspielten, denen aber die Rücksicht auf die tschechische Arbeiterchaft doch wert erschien, sich zu dieser Konzeption zu verstehen. Den Deutschbürgerlichen, und besonders den Deutschnationalen und deutschen Agrariern blieb es vorbehalten, mit hirnärztlicher Brutalität gegen die Sozialversicherung loszugehen, nicht etwa weil diese zu weitgehend ist, sondern weil das Gesetz den Arbeitern, nach ihrer Ansicht, noch immer viel zu viel gibt.

D. solange die Frage in weiter Ferne lag und keine Gefahr ihrer Erfüllung bestand, wollten sie alle die Alters- und Invalidenversicherung! Da gehörte es gewissermaßen zum guten politischen Ton, zumindestens in den Wahlprogrammen die Sozialversicherung stehen zu haben. Die Deutsche Nationalpartei hat sogar vor gar nicht langer Zeit einen Antrag auf dringliche Behandlung vorgelegt. Es schien, als dauerte den Deutschnationalen es bis dahin viel zu lang, da dem Arbeiter im Alter ein Anrecht auf das bisherige Existenzgesetz gesichert sein wird. Aber als das Gesetz auf dem Tisch des Hauses lag und darüber abgestimmt wurde, da war es mit der Eile vorbei und nun auf einmal wollte der deutschnationale Abgeordnete Kaibel, die Sache möge wieder

Die Labour Party nimmt den Kampf auf!

Das Kabinett auch gegen den liberalen Abänderungsantrag.

London, 6. Oktober. (N.M.) Heute nachmittags fand eine Ministerratssitzung statt, in welcher über den Standpunkt der Regierung zu dem konservativen Mißtrauensvotum und zu dem liberalen Abänderungsantrag beraten wurde. Am Ende der Sitzung konstatierte der Parteivorsitzende der Arbeiterpartei im Unterhaus, Benjamin Schoor, daß die Regierung sich mit aller Kraft dem konservativen Mißtrauensvotum und dem liberalen Abänderungsantrag entgegenstellen werde, da sie der Ansicht ist, daß zwischen den beiden Anträgen kein wesentlicher Unterschied besteht.

Die Blätter sind auf Grund dieser Entscheidung der Regierung der Ansicht, daß es nunmehr schon fast völlig gewiß ist, daß die Regierung am Mittwoch gestürzt werden wird, und daß der Premierminister dem König empfohlen wird, das Parlament aufzulösen. Man erwartet, daß MacDonald die Absichten der Regierung auf der morgen stattfindenden Jahreskonferenz der Labour Party mitteilen wird.

* *

Die Liberalen auf dem Rückzug.

London, 6. Oktober. (Eigenbericht.) Die Liberalen scheinen infolge des Widerstandes MacDonalds gegen ihren Antrag auf Einsetzung des bekannten Untersuchungsausschusses bereit zu sein, ihren Antrag so zu formulieren, daß MacDonald daraus keine Mißtrauensklärung einnehmen kann; die liberalen Blätter wehren sich dagegen, daß ihre Partei mit dem Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission die Verantwortung ursprünglich, daß der Ausschuss nach der Stärke der Parteien zusammengesetzt werde, so daß er eine konservativ-liberale Mehrheit hätte. Sie werden nun diesen Plan fallen lassen, falls die Regierung vorschlagen sollte, die Untersuchung durch den Ständigen Ausschuss des Parlamentes führen

zu lassen. Damit wäre dann die Krise vermieden. Es ist aber keineswegs sicher, daß die Regierung einen solchen Vorschlag machen wird.

Zieberhafte Wahlvorbereitungen der Arbeiterpartei.

Berlin, 6. Oktober. Die „Montagspost“ meldet aus London: Zeit Freitag tagt im Hauptquartier der Arbeiterpartei in London Tag und Nacht der Organisationsausschuss für die Vorbereitung der Wahlen. Der aus fünf delegatishchen berufenen Innenminister Henderson hat die Wahlvorbereitungen übernommen. MacDonald hat den Wahlorganisationsleiter der Arbeiterpartei nach Chequers gerufen, um ihm die notwendigen Funktionen für die Wahlen des Wahlmanifestes zu erteilen.

Der Dawesplan und die Reichsbahnen.

Berlin, 6. Oktober. Wie der „Montagsmorgen“ berichtet, sprach gestern in Hamburg der Reichsverkehrsminister Döcker über die Reichsbahnen und den Dawesplan. Der Minister erinnerte daran, daß schon im Vorschlage des Komitees Dawes die Eisenbahn mit 600 Millionen Mark jährlicher Ver-

bindung genannt wurde und sagte dann: Heute steht die Reichsbahnbank fast den Nullen da. Wir haben zwar 170 Millionen Mark Zinsen, aber 800 Millionen Mark an Vorräten, Kohle usw. Wir können also die aus dem Dawesplan uns zugedachten schweren Lasten übernehmen, vorausgesetzt natürlich, daß die Vorbedingungen, die für den Dawes-Vertrag im allgemeinen gelten, in Erfüllung gehen.

von vorne beginnen. Er stellte den Antrag auf Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuss, angeblich, damit dort an ihre Verbesserungen vorgenommen werden können. Aber, solange Zeit war, für solche Verbesserungen zu kämpfen und an der Vorlage zu arbeiten, da war von demselben Herrn Kaibel nichts zu sehen und noch weniger zu hören. Das angebliche Bedürfnis nach „Verbesserung“ empfand er erst, als seine Partei die Gewißheit hatte, daß es dazu zu spät sei. Da glaubte sie, es wäre wieder die Zeit für ihre demagogischen Manöver gekommen. Und als der Antrag Kaibels abgelehnt wurde, ließen die Deutschnationalen die letzte Maske fallen und sie stürzten ungeschlossenen gegen die Sozialversicherung. Die deutsche Agrarpartei hatte durch ihre Redner gegen das Sozialversicherungsgesetz Sturm laufen lassen und als dies ihnen nichts nützte, besaßen sie wenigstens so viel Scham, um sich bei der Abstimmung aus dem Saale zu entfernen, was wohl keine geringere Gegnerschaft beweist, aber doch für ihre natie Arbeiterfeindschaft wie ein dekoratives Feigenblatt wirkte. Die Deutsche Nationalpartei aber war selbst von diesem Nest an Scham frei und ihre Abgeordneten stimmten im offenen Hause demonstrativ gegen die Vorlage! Das war sogar den Nationalsozialisten zu viel an Offenheit und sie schickten ihren Herrn Paipel auf die Tribüne, der dort in recht larmoyantem Tone erklärte, es gehe nicht an, von Volksgemeinschaft zu reden und zugleich einem, wenn auch keineswegs vollkommenen Werke „Bremsschloß“ in den Weg zu werfen. Die Deutsche Nationalpartei sah diese schäuderhafte Kritik als Auflehnung auf und der Abgeordnete Dr. Madde mußte mit der Fülle seines Bierbaßens den Nationalsozialisten die Leviten lesen. Er höhnte sie ob ihrer „staatsmännischen Weisheit“, ihrer „rosenroten Leicht-

gläubigkeit“ und nannte sie „Nationalpatrioten“. Nach Auffassung der Deutschnationalen kam ihnen also dafür, daß sie ein Fürsorgegesetz für die arbeitenden, bedürftigen Menschen zu verhindern suchten, auch noch etwas heraus! Sie brachten die Dreißigkeit auf, sich aufs hohe Ross zu setzen, als hätten sie weiß Gott welch verdienstliche Tat für das deutsche Volk vollbracht, obwohl ihr Bestreben doch nur darin lag, den Geldsack der deutschen Kapitalisten vor den Kosten der Beitragsleistung zur Sozialversicherung zu schützen!

Die Deutschnationalen juchend ihre ablehnende Haltung mit den schändlichen nationalpolitischen Seiten des Sozialversicherungsgesetzes zu rechtfertigen. Dabei wissen sie, daß unter den gegebenen Nachverhältnissen eine andere Konstruktion des Gesetzes nicht zu erzielen war. Nach deutschnationaler Logik müßten also die Arbeiter erst auf eine vollständige Aenderung dieser Nachverhältnisse warten — was Jahrzehnte dauern kann — und im Alter ruhig verhungern, alles nur deshalb, weil die tschechische Koalitionsmehrheit die Organisation der Sozialversicherung ihren nationalen Interessen dienstbar machte. Unter dem Einwand der „nationalen Gefahr“ haben die Deutschnationalen früher auch ihre Gegnerschaft gegen das Wahlrecht der Arbeiterchaft verborgen. Damals und jetzt bei der Sozialversicherung, waren es aber doch nur die Interessen der Besitzenden, die unter nationalem Deckmantel geschützt werden sollten. Mit den Deutschnationalen gingen in neuer und edler Kampfgemeinschaft die Sozialdemokraten und die deutschen Agrarier einher. Der Tag der Abstimmung über die Sozialversicherung war so für die nationalen Parteien des deutschen Bürgertums ein Tag deutscher Schmach, Er soll unvergessen bleiben!

Der Porzellanarbeiterstreik.

Karlsbad, 6. Oktober. (Eigenbericht.) Heute sind noch einige kleinere Fabriken in Elbogen und Horn mit etwa tausend Arbeitern in den Streik getreten, so daß sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 9000 erhöht hat.

Die Antwort Frankreichs auf das deutsche Memorandum.

Berlin, 6. Oktober. Wie das Weisliche Telegraphenbüro erfährt, ist die Antwort der französischen Regierung auf das Memorandum vom 29. September über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund heute abends hier eingegangen. Der Inhalt der Antwort läßt sich kurz, dahin zusammenfassen, daß die französische Regierung gegen einen ständigen Rat der Deutschen keine Einwendungen erheben wird; es wird jedoch die Erwartung ausgesprochen, daß der Aufnahmeantrag ohne Vorbehalt oder Bedingungen gestellt wird. Die Antwort der französischen Regierung und das Memorandum vom 29. September wird veröffentlicht werden, sobald die Antwort der übrigen Mächte vorliegt, was in wenigen Tagen der Fall sein dürfte.

Kraß einer monarchistischen Wiener Bank.

Wien, 6. September. (Eigenbericht.) Die Affäre der nordösterrösterreichischen Bank, die ihre Zahlungen eingestellt und ihre Schalter geschlossen hat, wächst sich immer mehr zu einem Skandal aus. Es stellt sich nämlich heraus, daß eine englische Gruppe die Majorität der Aktien erst am 25. September angekauft hat und daß der gegenwärtige Nachhaber der Bank, der holländische Generalbankier Noyen, bei der Übernahme der Haftung erklärte, daß die Wiener Bank mit 800 Millionen Kronen aktiv sei, während die Bank in Wirklichkeit mit 15 Milliarden passiv ist. Der Staatsschatzminister für die Wiener Börsen wird beauftragt, daß er der englischen Gesellschaft unter solchen Umständen diese Transaktion empfohlen habe. Da bis Mittag bereits sechs Strafverfahren eingeleitet waren, wurde der Generaldirektor der Bank, Waldegg, von Kriminalbeamten der Wirtschaftspolizei vorgeladen und wird dort zur Zeit noch verhört. An der Spitze der Anzeiger steht die ehemalige Erzherzogin Maria Margarete, die dieser monarchistischen Bank erst vor kurzem zwei Milliarden geliehen hatte.

König Hussein hat abgedankt.

London, 5. Oktober. (N.M.) Aus Ispahab in Arabien wird offiziell gemeldet, daß Emir Ali den Thron von Hedschas nach dem Rücktritt seines Vaters, des Königs Hussein, angenommen hat. Die Würdenträger von Mekka boten dem Thron Ali als dem konstitutionellen Regenten des Hedschas an, wobei keine Erwähnung des Kalifats geschah und auch die Vereinigung mit anderen arabischen Ländern nicht berührt wurde. Ali hat nach langem Zögern das Angebot angenommen.

Verjammlungsporengung durch die Deutschböllischen beabsichtigt.

Berlin, 6. Oktober. Die letzte Nummer der „Völsdamer Tageszeitung“ enthält nicht weniger als fünf Inzerate der deutschböllischen Organisation „Stahlhelm“, in denen zur Eörderung der Versammlung aufgefordert wird, in der der französische Professor Bask und der frühere Reichstagspräsident Loebe im Rahmen des Weltfriedenskongresses sprechen sollen. Die „Liga für Menschenrechte“ gibt bekannt, daß die Versammlung auf jeden Fall stattfinden werde. Der „Montag“ dagegen, die Montagsausgabe des nationaltschechischen „Lokal Anzeiger“ meint, daß der Vortrag des französischen Professors Bask in Potsdam unterbleibe. Der Völsdamer Volkspräsident habe die „Liga für Menschenrechte“ wissen lassen, daß er sich genötigt sehe, Professor Bask, sobald er nach Potsdam käme, in Schutzhaft nehmen zu lassen, um etwaigen Gewalttaten vorzubeugen.

„Wie das Vieh im Stalle vermahert“

Zerfall der deutschen Regierungskoalition.

Zentrum und Demokraten gegen den Bürgerblock. — Ausfall der Volkspartei und Neuwahlen?

Schicksalswende der deutschen Güterbeamten und Angestellten. — Zusammenbruch einer falschen Ideologie. — Wird der richtige Weg gefunden?

Die Güterbeamten und Angestellten des Großgrundbesitzes lebten bis auf wenige Ausnahmen in einer Gedanken- und Gefühlswelt, die meilenweit entfernt ist von dem Denken und Fühlen eines klassenbewußten Arbeiters...

Der „edle“ Herr Graf — bekanntlich sind alle Adelige mehr oder weniger edel — war der unumschränkt herrschende „Brotgeber“, dessen leiserster Wunsch Befehl war. Ein Widerspruch, eine Aufsehnung gegen den autoritären Willen des Herrschaftsbefehlshabers gehörte in das Gebiet des Unmöglichen. Die Untertänigkeit, das Nagelbuckeln der Güterbeamten, welches aufrichtige Menschen als unerträglich und entsetzlich empfinden mußten, fand ihr Gegenstück darin, daß die um das Wohlwollen ihrer Ausbeuter blickenden Personen auch — Vorgesetzte waren, welche ihre Macht andere fühlen lassen konnten...

Vor fünf Jahren hatten sich die deutschen Güterbeamten, dem bekannten „Zug der Zeit“ folgend, allerdings einen Verband geschaffen, aber wie sah dieser aus? In ihm waren Besitzer und Beamte vereint, und die letzteren erschöpften sich in eckelhaftester Lokalitätsdialekt, wobei die Verbandsleitung mit dem besten Beispiele voranging. Dann kam eine Art „Palastrevolution“ — man sollte nicht glauben, aber es ist wahr: die alte Verbandsleitung wurde abgelöst, die Herren Oberbeamten, welche den Ton angaben, kalt gestellt...

Berlin, 6. Oktober. (Eigenbericht.) In der heutigen Kabinettsitzung hat der Reichskanzler seine Richtlinien für die Kabinettsbildung vorgelegt. Die Verhandlungen mit den Parteien sollen diese Woche fortgesetzt werden, aber es ist kaum anzunehmen, daß sie ein positives Ergebnis bringen werden. Zentrum und Demokraten lehnen den Bürgerblock gegen die Sozialdemokraten ab, die Deutsche Volkspartei will aber nur zusammen mit den Deutschnationalen in der Regierung bleiben...

Wahn! Und es ist nur in vollkommenster Ordnung, wenn in der fraglichen Konferenz Herr Senator und Exgraf Ledebur, der Vertreter der christlichsozialen Partei und des Verbandes der deutschen Großgrundbesitzer, allerhöchst seine Zufriedenheit mit der nationalsozialistischen Verbandsleitung ausdrückt. Er konstatierte ausdrücklich, daß der Verband der Großgrundbesitzer mit dem Verband der Güterbeamten auf das innigste zusammenarbeite...

Die Mehrheit dieses „innigsten Zusammenarbeitens“ des Verbandes der Güterbeamten mit dem der deutschen Großgrundbesitzer ist für die ersten freilich nichts weniger als erfreulich. Jetzt, wo es mit der Bodenreform in deutschen Gebieten entgegen den kurzfristigen Hoffnungen der Beamten und Angestellten Ernst wird, lernen sie die „vorbildliche“ Treue ihrer edlen „Brüder“, die „fürsorgende Liebe“ derselben richtig kennen. Die Enttäuschung in den Reihen der jahrzehntlang genarrten Beamten und Angestellten ist niederdrückend. Die Großgrundbesitzer suchen aus der Beschloßnahme ihrer Wüter zu retten, was nur irgend möglich ist...

schonmächtig irreführten Güterbeamten und Angestellten zahlen müssen, ist sehr hoch und die aufdammernde Erkenntnis, daß sie Klasseube-wüchse Kämpfer werden müssen, wenn sie ihr Interesse schützen wollen, daß sie Hand in Hand mit den sozialistischen Arbeitern und Kleinlandwirten vorgehen müssen, wenn sie aus dem reinlosen Zusammenbruch ihrer falschen Ideologie in letzter Stunde noch etwas für sich retten wollen, ist schrecklich teuer bezahlt.

Immer noch werden Versuche unternommen, die Beamten und Angestellten aufs neue vor den Klaren der Großgrundbesitzer zu spannen — wenn sie in diesem kritischen Augenblick noch nicht schand geworden sind und der jetzigen Führung weiterhin Gefolgschaft leisten, dann ist das ihnen drohende Verhängnis unabwendbar. Selbst von einer Seite, von der man es gar nicht erwarten sollte — landbändlerischen, — die absichtlich betonte, daß sie dem Großgrundbesitzer nahestehe, wurde es den Beamten und Angestellten unter dem Tande der unläugbaren Tatsachen gesagt, daß sie auf die Interessen ihrer „Brüder“ zu große Rücksichten zu Ungunsten ihrer eigenen genommen haben. Und es ist gewiß plausibel, wenn der landbändlerische Redner, ein bekannter Senator, den Bediensteten des Großgrundbesitzes den Vorwurf machte, daß sie sich nicht für die Sozialisierung ausgesprochen, diese sei für sie eine wichtige Waffe.

Daß die Güterbeamten und Angestellten einen schlechten Weg gingen, haben sie nun durch Wort und Tat von allen Seiten bestätigt gefunden — werden sie endlich die richtigen Schlussfolgerungen ziehen?

F. Sch.

Inland.

Gemeindevahlen in Nsch.

Verlage der Deutschnationalen. — Gewinn dreier proletarischer Mandate.

Die am letzten Sonntag in Nsch stattgefundenen Gemeindevahlen haben mit einer ganz unerwarteten Niederlage der Deutschnationalen geendet, welche gegenüber den letzten Wahlen nicht weniger als ein volles Drittel ihrer Stimmen an die Sozialdemokraten und Kommunisten abgeben mußten. Nicht nur die Deutschnationalen gingen geschlagen aus dem Wahlkampf hervor, auch die Sachsenkruizer bekamen weniger Stimmen als vor vier Jahren und ebenso die Gewerpartei. Es erhielten: Sozialdemokraten 2260 Stimmen und 8 Mandate (bei den letzten Gemeindevahlen 2816 und 12); Kommunisten 2174 und 7 Mandate (0); Wahlgemeinschaft 2763, 10 Mandate (4081, 19); Nationalsozialisten 892, 3 Mandate (951, 4); Christlichsoziale 857, 3 Mandate (556, 2); Deutsche Gewerpartei 858, 3 Mandate (1017, 5); Deutsche Hausbesitzerpartei 739, 2 Mandate (0); Tschechen 178, 2 Mandate.

Während also in der vergangenen Wahlperiode die vereinigten Bürgerlichen über 30 Mandate gegenüber 12 sozialdemokratischen verfügten, ist das Verhältnis in der neuen Vertretung 21 zu 15. Für unsere Partei ist noch besonders bemerkenswert, daß Nsch zur Zeit der Parteispaltung die Metropole der kommunistischen Bewegung in Westböhmen war. Der gegenwärtige Vorkämpfer der kommunistischen Partei begab sich im März 1921 zur politischen Bezirksverwaltung, um dort die Sozialdemokraten wegen „Mangel an Mitgliedern“ abzumelden. In der Gemeindestube kamen die Rückwirkungen der Spaltung dadurch zum Ausdruck, daß von den zwölf Sozialdemokraten in der Gemeindestube nicht weniger als elf der kommunistischen Partei beitraten. Dank der zielbewußten Arbeit unserer Parteifunktionäre steht nunmehr der größere Teil der Arbeiterschaft in Nsch wieder im sozialdemokratischen Lager.

Kommunistischer Betriebsrätekongress.

Samstag und Sonntag hat in Prag, der von uns seinerzeit angekündigt, von den Kommunisten einberufene Kongress der Betriebsräteauschüsse in der Tschechoslowakei stattgefunden. Um die noch der kommunistischen Heilslehre angehörigen Arbeiter zu täuschen, haben sowohl das „Rude Brävo“ als auch der Reichenberger „Vorwärts“ bereits tagelang von der notwendigen Einigkeit der Arbeiterbewegung gesprochen: Eine der Aufgaben des Kongresses sollte angeblich die Überwindung der gewerkschaftlichen Zersplitterung sein. Das

erkühnen sich diejenigen zu sagen, welche die Geschichte der Arbeiterbewegung auf immer und ewig mit der Schuld belasten wird, die einheitliche, klassenbewußte, politische und gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse zerbrechen und die Macht und Lebenshaltung der Arbeiter dadurch herabgemindert zu haben. Wenn die Kommunisten heute noch der Einheitsfront schreien, so ist es für sie eine demagogische Phrase und wie ja selbst von kommunistischer Seite zugegeben wurde, soll die Parole der Einheitsfront nichts anderes sein, als ihnen die Möglichkeit zu bieten, unter der Arbeiterschaft anderer politischer Parteien zu agitieren. Diesem Zweck sollte auch der Betriebsrätekongress dienen u. Nicht um die gewerkschaftliche Einheit, nicht um die Lösung des gefürhten Lohnniveaus hat es sich den Kommunisten hierbei gehandelt, sondern einzig und allein um ein Mittel, die kommunistische Agitation, auf die niemand mehr hinausschaut, aufzufrischen, eine neue Firma für die kommunistische Partei zu schaffen, weil dem verflochtenen Unternehmen niemand mehr traut. Wenn das „Rude Brävo“ von historischen Tagen schreibt, die der Betriebsrätekongress für Prag bedeutet hat, so ist das eine solche Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, daß ein Politiker und Journalist, der das behauptet, nicht nach Wlhosan (wo der Betriebsrätekongress stattgefunden hat), sondern nicht weit davon, nach Bohnie, in die Vandesirrenanstalt, gehört.

Tropdem das „Rude Brävo“ behauptet, daß der große Teil der Betriebsräte in der Tschechoslowakei auf dem Kongress vertreten gewesen ist, war es einzelnen Delegierten nicht möglich, von der Kongressleitung ein Verzeichnis der rechtsgültig gewählten Delegierten zu erlangen. Wieviele Delegierte unrechtmäßig dort gewesen sein mögen, lehrt schon die Tatsache, daß der Vorsitzende des Kongresses selbst, ein gewisser Kolski, von seinem Betriebsrat gar nicht entsandt worden ist, daß dieser Betriebsrat es vielmehr abgelehnt hat, an dem Kongress teilzunehmen. Was das Resultat des Kongresses betrifft, so wurde dort, nachdem verschiedene Referate gehalten worden waren, beschlossen, daß alljährlich ein gesamtstaatlicher Betriebsrätekongress zusammenzutreten soll und daß Gebietsbetriebsrätekongresse alle vier Jahre einmal stattfinden sollen. Auch Ortsbetriebsräteauschüsse sollen errichtet werden. Ferner hat der Kongress eine Lohnkommission eingesetzt und einen Zahlreichen Zentralbetriebsräteauschuss gewählt. Die Entstehung dieser Totgeburt wurde von einem Streit der slowakischen und tschechischen Delegierten um die Anzahl der Mandate eingeleitet. Welch begeisterte Wirkung der Kongress hervorrief, geht daraus hervor, daß eine ganze Menge Delegierte dem Kongress vor Schluß verließ, weil sie einsehen, daß auf dem Kongress zwar viel geredet wird, aber daß der Kongress auslaufen werde wie das Hornberger Schießen und kein positives Resultat erzielt werden wird.

Mögen sich auch einige Arbeiter, welche im kommunistischen Lager stehen und Mitglieder von dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände sind, beteiligt haben, so wird jeder gewerkschaftlich geschulte Arbeiter einsehen, daß ein Betriebsrätekongress, der ohne Zustimmung, ja gegen den Willen der Gewerkschaften einberufen ist, zu keinem Resultat führen kann, und daß ein getrenntes Nebeneinander von Betriebsräten und Gewerkschaften nur zur Anarchie in der Arbeiterbewegung und also zu ihrer weiteren Schwächung führen kann. Die Betriebsräteauschüsse können nur dann Erfriechliches für die Arbeiterschaft leisten, wenn sie im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften vorgehen, und wenn die Mitglieder der Betriebsräteauschüsse organisierte und geschulte Gewerkschafter sind.

In übrigen scheint der Reichsbetriebsrätekongress der Kommunisten nur auf Geheiß Moskows einberufen worden zu sein. Smeral hat dort auch gesprochen, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, wie ernst er es mit einem solchen Kongress meine. In Wirklichkeit war der Kongress nichts anderes als eine Augenwischerei, dazu bestimmt, den Moskauern zu zeigen, daß die kommunistische Partei der Tschechoslowakei Aktionen durchzuführen kann, wenn auch der Smeralsche Opportunismus diese Aktionen auf die Annahme von ein paar fast- und kraftlosen Resolutionen herabmindert.

Christlichsozialer Landesparteitag.

Für Samstag, Sonntag und Montag hatten die Christlichsozialen unter der Parole „Christlichsozialer Landesparteitag“ das nördliche Böhmen zum Stützpunkt gewählt. Es ist wohl kein Zufall, daß sie sich als Tagungsort gerade Rumburg ausgesuchen hatten, jenseits Rumburg, das vor dem Jahre 1911 als durchaus freireligiös galt, während es bei den letzten Reichsratswahlen im alten Österreich im Jahre 1911 dem liberalen Kandidaten Dr. Ferstl zum Siege verhalf und damit für immerwährende Zeiten einen schmachtenden Gedenkstein in der Geschichte seiner „freien“ Bewegung setzte.

Samstag abends fand im Saale des Volksvereinshauses in Rumburg ein von der christlichsozialen Partei arrangierter Begrüßungsabend statt, bei welchem u. a. der ehemalige Rumburger Abgeordnete Dr. Ferstl-Wien, zu Worte kam. Nach den Ankündigungen hätte er über die „Christlichsoziale Idee“ sprechen sollen. Ferstl beschränkte sich, nachdem er wehmütvoll der Tätigkeit in seinem einstigen Wahlkreis gedacht hatte, darauf, über die österreichischen Verhältnisse zu sprechen und dies in einer Form, die nicht sehr objektiv genannt werden kann. Er stellte die Lage so dar, als ob die Republik Österreich ihren Bestand einzig und allein den Christlichsozialen zu verdanken hätte. In acht heftiger Weise vernied es der Redner, auf die geradezu gewaltige

Arbeit unserer österreichischen Genossen einzugehen, er begnügte sich allein mit der Feststellung, daß es die Christlichsozialen in der nach dem Umsturz bestandenen Koalitionsregierung nicht verhindern konnten, daß die Sozialdemokratie dem Staate ihr Gepräge aufgedrückt hat, wobei man deutlich aus seinen Ausführungen z. B. über die frühere Zusammenfassung der österreichischen Wehrmacht, die er als sozialdemokratische Parteidarstellung bezeichnete, die Wut der Christlichsozialen über diese Institution und zugleich den Wunsch, die Wehrmacht zu einem geeigneten Werkzeug der Christlichsozialen auszubauen, herauszuhören konnte. Daß Zerzabel das von den Christlichsozialen inszenierte Genfer Werk als die einzig mögliche Rettung Österreichs hinstellte, nimmt nicht Wunder, ebensowenig, daß er die furchtbaren Härten dieses Werkes abzuschwächen versuchte. Das Verbrechen, das diese Partei an den Staatsangehörigen durch Waffen-Entlassungen begangen hat, war nach der Meinung Zerzabels, der davon ja nicht betroffen wurde, nicht so schrecklich. Für die weitere Aufrechterhaltung der internationalen Kontrolle über Österreich machte er selbstverständlich die Sozialdemokratie verantwortlich, die sich in der Sanierungsaktion „Widerstandslos“ zeigte, weil sie — hier einschüpfte Zerzabel ein Geistesbildnis, das eine Partei, die vorgibt, die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten, am besten charakterisiert — den Ausbau der Arbeitlosenunterstützung forderte. Sichtlich unangenehm gab Redner zu, daß die sozialen Verhältnisse in Österreich allen übrigen Staaten voran sind. Daß dies allein das Verdienst der Sozialdemokratie ist, auf welches unsere österreichischen Genossen stolz sein können, verschwiegen des Redners Köstlichkeit. Auch den letzten Metallarbeiterstreik, nahm der Referent, obwohl er die berechtigten Forderungen der Metallarbeiter anerkennt, zum Anlaß, um die Verlangung der Kontrolle über Österreich zu revidieren. Nachdem sich Zerzabel so nach der bekann- ten Methode: „Haltet den Dieb“, über die Unfähigkeit der Christlichsozialen Partei hinweggesetzt hatte und die Sozialdemokratie bejahte, daß sie allein an der Verlangung der Kontrolle schuld sei, weil — sie sich in der Opposition befindet, kam er auf die Gemeine des Werts zu sprechen, wobei ihn sein Gedächtnis im Stich zu lassen schien, denn somit hätte er die in aller Welt anerkannte geradezu vorbildlich zu nennende kommunale Arbeit unserer Wiener Genossen wenigstens erwähnen müssen. Daß er die Sozialdemokratie so ganz vertritt für das Aktienat auf Seibel verantwortlich zu machen veruchte, zeigt jene Partei, der Dr. Zerzabel ange- hört, im rechten Lichte. Uebrigens hat Zerzabel über die Sanierungsperiode auch schon anders ge- sprochen. Es ist noch nicht lange her, daß er in einer Versammlung in Formals die Worte ge- braucht: „Wenn uns der Generalkommissar mit seiner Freundschaft, die er in Genf an den Tag legte, noch lange erhalten bleibt, dann werden wir uns die Wähler am helllichten Tage mit der Laterne suchen müssen.“ Seinen Nymburger Zuhörern konnte Zerzabel natürlich die öherr. Verhältnisse schildern, wie es ihm beliebte.

Ueber „Politische Betätigung und die christliche Frau“ referierte Stadtv. Frau Voruzka-Turn. Ihre Ausführungen waren eine Aufforderung nach Schaffung christlich-sozialer Frauenorganisationen, in denen die Frauen „atholisch“ gemacht werden sollen. Nach ihren Ausführungen werden die Christlichen damit zunächst in ihren „unpolitischen Organisations“ den Anfang machen, denn die Partei, die noch vor wenigen Jahren die Frauen als geistig minderwertig hinstellte und die so plötzlich ihr Herz für die Frauen warm schlagen fühlt, erkennt, daß in der Zeit des allgemeinen Wahlrechts, an dessen Zustandekommen die Christlichen wahrlich kein Verdienst haben, die ungeschulte Frau der Partei gefährlich werden könnte. Aber noch ein anderes Moment spricht aus den Ausführungen der Referentin, die will, daß die Frau nicht nur indirekt, an der Erziehung ihrer Kinder, sondern auch direkt mitarbeitete, im Staat und vor allem in der Gemeinde, wo die Frauen die Arbeit überwachen und dafür sorgen müssen, daß die Christlichen Anstalten Charitas bekommen. Den Christlichen, denen beim Essen der Appetit kommt, sind demnach noch nicht zufrieden, daß der Staat ihre Agitatoren bezahlt — ein Großteil der amwesenden Delegierten waren Diener der vom Staate subventionierten alleinziehenden römisch-katholischen Kirche — sie wollen auch ihre Mitarbeit in den Gemein- den benutzen, um für ihre Bewegung Vorteile zu ziehen. Man kann sich aus diesen Ausführungen leicht ein Bild machen, wie es um Staat und Ge- meinde bestellt sein müßte, wenn die Christlichen dort unumschränkt herrschen könnten. Zu den eigent- lichen Verhandlungen des Parteitages wurde unser Berichterstatter nicht zugelassen. Wahrscheinlich hat diese Partei alle Ursache, bei ihren Verhand- lungen hübsch allein zu bleiben.

Die Prager Arbeiterkassn gedenkt des 60jährigen Gründungstages der Internationalen.

Der 60. Jahrestag der Gründung der Inter- nationale wurde in Prag Sonntag durch eine Kundgebung auf der Seiteninsel von den tschechischen Sozialdemokraten feierlich begangen. Die Versammlung gewann dadurch an Bedeutung, daß an ihre zahlreiche ausländische Genossen, die als Delegierte des Internationalen Kongresses für Sozialpolitik in Prag weilten, teilnahmen.

Senator Genosse Dr. Soukup begrüßte die Erschienenen und wandte sich insbesondere an Genossen Grelisch und Thomas.

Der Schweizer Genosse Grelisch schilderte mit einfachen Worten, wie in seiner Jugend die

sozialistische Idee in ihm wach wurde und wie sich während seines Aufenthaltes in Böhmen und Mähren in ihm die Ueberzeugung durchdrang, daß es über den nationalen und sprachlichen Unterschieden ein vereweltliches aller menschlichen Ideal gibt. Erappellierte an alle, die guten Willens seien, insbeson- dere an die tschechischen Parteien der Tschechoslowakei ohne Unter- schied der Nation, sich für eine voll- ständige Verständigung zwischen der tschechischen, deutschen und übrigen Bevölkerung der Tschechoslowaki- schen Republik einzusetzen; eine innige Zusammenarbeit aller sei notwendig, da die Reak- tion auf die Gelegenheiten warte, ihre Bestrebungen zur Geltung zu bringen.

Genosse Albert Thomas erinnert in seiner Rede an die Bitte der mittelalterlichen Christen: „Derr, schüge uns vor Pest, Hunger und Krieg“. Alle Völker müssen sich zusammenfügen. Ihre Zusammenarbeit wird die beste Arbeit für den Frieden und gegen den Krieg sein.

Der französische Gewerkschafter Rouhaux betonte, daß die soziale Gerechtigkeit in der Welt nur durch den Frieden und die Verständigung zwischen den Völkern verwirklicht werden könne. Die Nationalität ist allerdings eine Erbengrund- lage, aber aus dem Begriff der Nationalität erwächst der Begriff der inter- nationalen Solidarität.

Genosse Dr. Renner erinnert daran, daß der Begriff der Internationalen Bedeute, daß der Mensch in der Arbeit zugunsten der Menschheit sich nicht durch die Grenzen des Staates und auch nicht durch die nationale Begrenzung beschränken lasse.

Der belgische Genosse Wanters wozt an der Geschichte der belgischen Arbeiterbewegung, die in den Reihen der sozialdemokratischen Organisa- tionen gegen 600.000 Mitglieder und in den kommunistischen Reihen ungefähr 500 Mitglieder aufweist, welche Bedeutung die Einheitsfront der Arbeiter habe.

Es sprach ferner der tschechische Genosse Wissek und der italienische Genosse Cabrini. Dr. Soukup verdoanerte den Protest der Prager Arbeiterkassn gegen das Vergehen der Sowjetregierung in Georgien. Nach dem Schluß- worde des Genossen Neme wurde die ungemein stark beachtete Kundgebung — der mehrere tausend Personen fassende Saal der Seiteninsel war bis auf's letzte Plätzchen gefüllt — mit der Abstimmung der „Roten Fahne“ geschlossen.

Wenn Matuskal spricht...

Prag, 6. Oktober. Die heutige Senatsitzung war mit der Behandlung zweier Immunitätsfälle ausgefüllt. Der Senat beschloß zunächst die Aus- lieferung des kommunistischen Senators Ma- tuskal. Senator Matuskal wollte am 27. Jeder eine öffentliche Versammlung im Hofe der Schule einer kleinen slowakischen Stadt ab- halten. Die Versammlung wurde verboten, was Matuskal zu der Aeußerung veranlaßte: „Wie kann ein Staatsmann solche Ausschereien machen und so blöd eine Versammlung ver- bieten, die ich veranlassen will.“ Als Matuskal mit der Gendarmerie gedroht wurde, sagte er, die Gendarmen müßten lachen.

Ferner wurde der Klubkollege Matuskals Chlumek ebenfalls ausgeliefert, weil er das tschechoslowakische Parlament eine „Ver- sammlung von Dieben und Räubern“ nannte. Berichterstatter Dr. Stranah bemerkte hiebei, daß Chlumek nicht einmal sich selbst von dieser Aeußerung ausgenommen hatte.

Nach 15minütiger Dauer wurde die Sitzung geschlossen. In einer morgen um 11 Uhr vor- mittags beginnenden Sitzung wird die Debatte über die Sozialversicherung beginnen.

Eine neue kommunistische Blamage.

Die Kommunisten haben mit ihren Massen- Kundgebungen, so wie anderwärts, auch in Prag kein sonderliches Glück. Obwar das „Rote Provo“ am Samstag die „Mobilisierung und so- fortdige Marschbereitschaft“ der Arbeiterschaft von Groß-Prag anordnete, obwar es von einem groß- artigen Marsch der stadnuer Arbeiter nach Prag sprach und sich damit rühmte, daß die kommunisti- schen Arbeiter am Sonntag Prag überschwemmen werden, trat die kommunistische Flut nicht ein. So wie die letzte Massenkundgebung der Prager Kommunisten (Svaljabo), endete auch die sonntägige Kundgebung mit einer großen Blamage. Am Altstädter Ring hatten sich hochgegriffen 4000 Kommunisten und Industriesparte versammelt, welche Zahl für die Hauptstadt des Landes eine lächerlich kleine ist. Zu der Menge sprachen einige Redner, hienunter für die deutschen Sozialdemokraten ein gewisser uns völlig unbekannter D. Langhamer. Nach Annahme einer Resolution ging die inzwischen bereits beträchtlich gelichtete Menge auseinander und die Kommunisten hatten ein neuerliches Fiasko davongetragen.

Das Exekutivkomitee des sozialpolitischen Kon- gresses, das aus zwölf Mitgliedern besteht, hielt Sonntag seine erste Sitzung ab, in der ein sieben- gliebriger Ausschuß gewählt wurde, der möglichst rasch die Frage des Zusammenschlusses der inter- nationalen Vereinigungen für Sozialpolitik be- raten soll. Die nächste Sitzung findet im Jänner in Frankfurt a. M. statt. — Die Teilnehmer am Kongresse befristeten Sonntag vormtags die Stadt Prag, insbesondere das Strahovschs Kloster, die Burg und das Rathaus. Abends veranstaltete Minister Haberman in Vertretung des Prä- sidenten der Republik eine Rezeption für die Kongrestteilnehmer im Spanischen Saale der Burg.

Tagung der Selbstverwaltungskörper.

Fünfte Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstver- waltungskörper in der Tschechoslowakischen Republik.

Zweiter Tag.

Bildung von Juristen für den Selbst- verwaltungsdienst.

Dr. Podgman berichtet über den Plan des Vorstandes, Verwaltungsjuristen für den Dienst der Selbstverwaltung heranzuziehen. Die Hauptversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis und beauftragt den Vorstand, die Angelegen- heit in geeigneter Weise weiter zu verfolgen. — Angenommen.

Die geplante Bezirks- und Gau- verfassung.

In fast einstündiger Rede spricht der Bei- sitzer des tschechischen Ausschusses, Genosse Bruno Grund, über diese, die ganze Bevölkerung interessierende Frage. Dr. Nohberg weist auf die Schwächen und Mängel des Gesetzes hin.

Der Abwehrkampf gegen die Schul- einschränkungen.

An Stelle des Abg. Prof. Dr. Spina, der am Erscheinen verhindert ist, referiert der Se- kretär des Schulausschusses des Verbandes, Dr. Bed-Manogetta, über die Tätigkeit des Verbandes in bezug auf die Abwehr der Unterdrückungs- maßnahmen der Regierung gegen das deutsche Schulwesen. Die oft von Entrüstungsrufen be- gleiteten Ausführungen des Referenten gipfeln in einer Entschlieung, in der es heißt:

Die Schulpolitik der tschechoslowakischen Regie- rung, welche auf die weitere Einschränkung und Verfolgung des deutschen Schulwesens hinielt, hat immer noch keine Aenderung erfahren. Die will- fährliche und unrichtige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen und die Nichtachtung der vom Ober- sten Verwaltungsgerichte ausgesprochenen Rechts- aufschauungen dauern zum Schaden des deutschen Schulwesens weiter an und das letzte Schuljahr, in welchem sich die Kriegsfolgen in der geringen Zahl der ausgenommenen Kinder in den Volksschulen äußert, wird zu weiteren Einschränkungen deutscher Schulen und Klassen bedingt. Ganz ungeheuerlich aber sind die Eingriffe, die dem deutschen Mittel- schulwesen zugefügt worden sind.

Die Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der tschecho- slowakischen Republik legt gegen diese gewaltsame Beschränkung altangekommener Rechte deutscher Bevölkerungsteile entschiedene Verwahrung ein und fordert eingedenk dessen, daß der ruhige Bestand und die geistliche Entwicklung des Schulwesens nur durch seine Entfernung vom politischen Kampf- boden erzielt werden kann, die Wahrung der Rechte des deutschen Volkes auf sein Schul- und Kultur- wesen durch Uebergabe dieses in seine Selbstver- waltung.

Beispielen verwahrt sich die Hauptversamm- lung gegen die zahlreichen Veruche, deutsche Kin- der zum Eintritt in die tschechischen Schulen zu nötigen, und ersucht die deutschen Selbstverwal- tungskörper in ihrem gesetzlichen Wirkungsbereich alle Mittel anzuwenden, um die auf diese Weise gegen ihren nationalen Bestand gerichteten Ein- griffe zu vereiteln.

Die Debatte, an der sich mehrere Delegierte beteiligten, enthält besonders krasse Beispiele der Vergewaltigung des deutschen Schulwesens.

Sodann erstattet die Mandatprüfungs-kom- mission ihren Bericht über die

Beteiligung an der Tagung.

Es haben entsandt: die Bezirke Böhmens 72 Delegierte, 32 Gäste; die Städte Böhmens 82 Delegierte, 56 Gäste; die Märkte und Ge- meinden 17 Delegierte, 11 Gäste; Mähren und Schlesien zusammen 30 Delegierte, 15 Gäste. Ins- gesamt war die Tagung also von 201 Delegierten und 114 Gästen, mithin von 315 Teilnehmern besucht. Außerdem hörten vorübergehend zahlreiche Gäste von Aussen und Umgebung den Be- ratungen zu.

Die beiden letzten wichtigen Referate der Hauptversammlung behandelten die

Stellungnahme des Verbandes zur Bodenreform.

Der erste Redner, Abg. Bierhut, verwies auf die Notwendigkeit der Bestimmung der deutschen Bevölkerung in zwölfster Stunde, wenn sie ihre Rechte in bezug auf die Bodenreform wahrzu will. Als Abg. Bierhut in scharfen Worten die Tätigkeit dieses Verwaltungsausschusses geißelt, ersucht der Regierungskommissar Dr. Polivka durch den Vorsitzenden den Referenten um Mäßi- gung. Ein Entrüstungssturm im Saale ist die Folge. Abg. Bierhut fährt in seiner Kritik fort, die sich im weiteren Verlaufe seiner Rede be- sonders gegen die deutschen Großgrundbesitzer wendet, die tausende Hektar Grund und Boden an Personen verkaufen, die vom Bodenamt vor- geschoben wurden.

Abg. Gen. Schweihart

sprach als zweiter Redner über diese Frage, die, wie er betonte, so wichtig sei, daß an diesem Verberndstage Sturm geläutet werden müßte, um die Gemeindeväter aufzurütteln. Mehr als vier Millionen Hektar Bodenfläche stehen auf dem Spiele. Mit dieser Fläche ist das Schicksal von mindestens 25.000 Angestellten und mindestens 80.000 land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern verknüpft. Die Grundrente soll gemeinsames

Eigentum werden: das ist das Wesen der Boden- reform. In Deutschland, wo die Bewegung der Bodenreform eine große Rolle zu spielen be- gonnen hat, gibt es etwa 1100 Gemeinden, die vermöge ihres großen Besitzes an Grund und Boden keine Umlagen einheben müssen. In- teressant ist eine Uebersicht über die prozentuale Aufteilung des Bodenbesitzes: Sauerzberg be- sitzt 34 Prozent der gesamten Bodenfläche, die Märkte drei Prozent, alle deutschen und tschechischen Gemeinden zusammen sieben Prozent. Wer wissen will, wozu die Bodenreform führt, die- nahe zur Abschaffung des Bodenanamtes gewor- den sind. Es sollen demnach besonders die Boden- besitzer an den Grenzen in die Hände „reiner, ehrlicher“ Staatsbürger kommen. Wir haben ge- sehen, daß Grundbesitzer, Großhändler, Rüstungs- werksbetriebe sich in den Besitz solcher Ländere- stücke zu setzen wußten und damit Wucher trieben. Vor kurzem hat einer unserer Abgeordneten er- klärt, im Bodenanamt herrsche die schlimmste Will- für, das „Bravo Vida“, also ein Koalitionsblatt, nennt das Vergehen des Bodenanamtes „standalösen Schacher“, unmoralisch... eine aufgelegte Kor- ruption.“ Die Aufbringung der Mittel für Erwer- bung beschlagnahmten Bodens ist eine schwierige Angelegenheit. Wir haben bei den deutschen Großbanken und großen Sparkassen angeknüpft, aber vergebens. Man gab uns den Rat, uns an die lokalen Kreditinstitute am Land draußen zu wenden. National reden, ist leicht; national ha- ndeln aber scheint sehr schwer zu sein. Genosse Schweihart schildert unter großer Aufmerksam- keit der Versammlung die Behandlung hundertei von Angestellten und Arbeitern, die man wie das Vieh im Stalle einfach verschacherte, und die dann von den neuen tschechischen Grundbesitzern ent- lassen wurden. Unsere Pflicht ist es, nicht zuzu- warten, bis die Möglichkeiten der Erwerbung von beschlagnahmten Grund und Boden veräußert sind. Ich habe unsere Forderungen in folgender

Entschlieung

- 1. Die weitere Uebernahme beschlagnahmten Bodens in die Staatsverwaltung ist bis zur Ge- nehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften einzustellen.
- 2. Das Verstaatlichungsprogramm ist von der Regierung alljährlich dem Parlament zur Geneh- migung vorzulegen und vor der Durchföhrung öf- fentlich kundzumachen.
- 3. Das staatliche Bodenanamt hat über seine Ge- barung alljährlich der Volksvertretung Rechenschaft abzulegen.
- 4. Der jetzige Verwaltungsausschuß des Bo- denamtes ist aufzulösen und die Wahl eines neuen sofort einzuleiten.
- 5. Beim Bodenanamt ist in jeder Abteilung und Expositur die der Bevölkerungszahl entsprechende Anzahl deutscher Beamter anzustellen; im deutschen Zielungsgebiete ist die angemessene Zahl von Kommissariaten zu errichten und mit deutschen Be- amten zu besetzen; in die Sprengel und Ortsbera- tungsausschüsse ist die der Bevölkerungsziffer ent- sprechende Anzahl deutscher Mitglieder zu berufen.
- 6. Der Verort für den Fond der inneren Kolonisation ist durch deutsche Mitglieder zu er- gänzen.
- 7. Das Amtsanat des Bodenanamtes hat zuge- mäßig und auch in deutscher Sprache zu erscheinen und alle bodenanamtlichen Bekanntmachungen zeit- gerecht zu veröffentlichen.
- 8. Die Bodenenteilung an Gemeinden und sonstige öffentliche Verbände ist gesetzlich sicherzu- stellen, derart, daß dem durch die jetzigen Gesetze dem Bodenanamt eingeräumten völlig freien Er- messen wirksame Schranken gesetzt werden.
- 9. Die Zuteilung von Waldboden von ver- staatlichem Großgrundbesitz ist den Gemeinden und öffentlichen Verbänden gesetzlich derart zu sichern, daß durch die im § 2 geforderte Verlobbarung, welcher Waldbesitz zur Uebernahme in die Staats- verwaltung bestimmt ist, den autonomen Körper- schaften ermöglicht wird, in einem rechtlichen Ver- fahren dem Staate gegenüber als Mitbewerber aufzutreten und daß gleichzeitig über die vom Staate geforderten Bestandteile unverzüglich das Zu- teilungsverfahren eröffnet wird.
- 10. Zu demselben Zwecke ist im § 10 des Zu- teilungsgesetzes unabweisend zum Ausdruck zu bringen, daß die im zweiten Abzuge desselben vor- geschene Zuteilung größerer forstwirtschaftlicher Einheiten an mehrere Bewerber als gemeinschaft- liches Eigentum und zur gemeinschaftlichen Benützung auch Hochverbänden zugesandt ist, welche Gemeinden und Bezirke zum Ankauf und Betrieb forstwirtschaftlicher Güter bilden werden.
- 11. Der Zuteilungspreis für Waldboden ist, um das Verdrängen zu erleichtern und zu bescheu- nigen, den Gemeinden und Verbänden vom Boden- amte aus mitzuteilen. Die alzu hohen Beiträge und Zuschläge zum Uebernahmepreis, welche den Zuteilungspreis über Gebühr belasten, sind den gegenwärtigen Preisverhältnissen entsprechend her- abzusetzen.
- 12. Um zu verhüten, daß die durch die Ueber- nahme und Zuteilung beschlagnahmten Großgrund- besitzes besonders aber durch die Waldverstaatli- chung in ihrer Existenz gefährdeten Gutsbesitzer und Arbeiter ihren Heimatgemeinden zur Last fallen, ist die ihren Fähigkeiten und Wünschen an- gemessene Verforgung bezw. die ihren wohlerwor- benen Rechten entsprechende Pensionierung dieser

Angestellten eventuell deren vollkommenes Schadlos-
haltung gesetzlich sicherzustellen, so daß die Art der
Verforgung und das Maß der Entschädigung nicht
wie bisher dem freien Ermessen des Bodenamtes
bzw. der von demselben ernannten Schiedskom-
mission überlassen bleibt.

13. Zur Durchführung der beantragten Reformen
sind Beratungen mit den betroffenen kommunalen
Verbänden und sachlichen Vereinigungen bei-
der Nationalitäten zu pflegen und deren Wünsche
und Gutachten gebührend zu berücksichtigen.

Berathet durch weitere Erfahrungen aus der
Praxis des Bodenamtes fordert die Hauptversammlung.

14. Die Einstellung der vom Bodenamte mit
Umgebung des ordentlichen Juteilungsverfahrens
zum Schaden der Gemeinden größte Verschärfung
beschlagnahmten Grundbesitzes an die den deut-
schen Eigentümern ausgenötigten volksschädlichen
Käufer.

15. Die Einstellung weiterer Vorstöße gegen
das Sprachrecht der deutschen Gemeinden, welche
das Bodenamt dadurch unternimmt, daß es in deut-
schen Orten gesetzlich vorgeschriebene Rundmachten
ausschließlich in tschechischer Sprache verlan-
baren läßt und so auch noch das Verständnis seiner
Verfügungen der deutschen Bevölkerung voren-
hält.

Die Gemeinden müssen sich unverzüglich zu-
sammensetzen, um in letzter Stunde noch einiges
aus dem Zusammenbruch der Bodenreform für
sich zu retten. Wir können nur Veranlasser sein
und unser größter Wunsch wäre, wie Goethe sagt,
„auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen“!

Zitieren wir hier den Dank dem Redner, der
auch in seinem Referate durch Beifallsstundgebun-
gen unterbrochen wurde, für seine klaren und an-
sichernden Ausführungen. Die Resolution wurde
einstimmig angenommen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, „All-
fällige Anträge“, teilt Abg. Dr. Lodgman mit,
daß zwei Anträge, betreffend das Brandungslud
von Mikolburg und bestimmte Zulagen an die
Polizeimannschaft der Selbstverwaltungskörper
vorliegen. Beide Anträge wurden beschlossen.
Damit war die Tagesordnung erschöpft. Genosse
Bözl, der den Vorsitz übernommen hatte, sprach
namens des Präsidiums des Verbandsvorstandes
allen, die zum Gelingen der Hauptversammlung
beitragen, den herzlichsten Dank aus. Er drückte
die Hoffnung aus, daß es dem Vorstande in eifriger
Arbeit gelingen werde, die gefassten Beschlüsse zur
Durchführung zu bringen, und erhofft die nächste

Mitarbeit und das Vertrauen der Bezirke und Ge-
meinden zum Vorstand. Abg. Dr. Radda dankt
den beiden Vorsitzenden für die umsichtige Leitung
der Hauptversammlung, worauf Genosse Bözl
die Tagung unter dem Beifall der Teilnehmer
schließt.

Musland.

Der Ehrenmann Ludendorff. Ueber das
Verhältnis Ludendorffs zu dem früheren Kron-
prinzen Rupprecht von Wittelsbach, das namentlich
zu einem vollständigen Bruch geführt hat, macht
der „Meesbacher Anzeiger“ am Freitag folgende
Mitteilung: „Nur nach dem Tode vom 8. No-
vember 1923 machte Ludendorff im „Leipziger
Tageblatt“ die Ausrufung, daß der bayrische Kö-
nig Herr v. Kyrer zum Vorbruch verurteilt habe.
Daraufhin wurde Ludendorff im Auftrage des
Königs zuerst unter vier Augen zur Rede gestellt.
Die Antwort lautete, er bedauere, falsch unterrich-
tet gewesen zu sein, könne aber nicht öffentlich
widerrufen, da er im guten Glauben gehandelt
habe. Daraufhin wurde, um die erforderliche
Ehrenrettung auf gutem Wege zu erlangen,
die Vermittlung Hindenburgs angerufen, der sich
auch sofort bereit erklärte, die gütliche Beilegung
der öffentlich gemachten Ehrenrettung zu be-
treiben. Eines Tages aber mußte Hindenburg er-
klären, daß er dazu außerstande sei, denn Luden-
dorff habe inzwischen vor dem Ehrengericht des
Großen preussischen Generalstabes Anklage gegen
den Führer der 6. Armee, Feldmarschall Kron-
prinz Rupprecht, erhoben. Daraufhin nahmen
auch die Generale der früheren bayerischen
Armee Stellung zu der Angelegenheit und unter-
dem Vorbehalt des rangältesten Generals der ehe-
maligen bayerischen Armee, des Prinzen Leopold
von Bayern, versammelten sich die Generale von
Bayern und sahen nach einem Bericht des General-
stabschefen Delmenhingen einstimmig den Beschluß,
daß sie das Verhalten des Generals Ludendorff
gegen ihren König mit Entschiedenheit zurückweisen
und vorbehaltlos vor die Person ihres obersten
Angehörigen stellen, dessen überlieferten Rechte
von keiner Seite angetastet werden dürfen.“
Ludendorff wird hier also wieder einmal einer
Handlung beschuldigt, die mit Charakter nichts zu
tun hat und der „Offizierschre“ wider-
spricht. Wir sind überzeugt, auch das wird
ihm wenig schmerzen, weil ihm dazu alle Voraus-
setzungen fehlen!

Tages-Neuigkeiten.

N. C.

Noch ein gelber Jubilar.

Die Trautenaue Festschrift der Patentkreuz-
ler enthält neben den bereits zitierten Beiträgen
auch einen, der nur mit N. C. gezeichnet ist. Der
Verfasser muß keine besondere Ursache haben, sich
herauszuheben — aber die Antirepublikaner muß Grund
haben, das Insignis nicht zu lassen. Wir wis-
sen nicht, wer Herr N. C. ist, weil wir aber
gerade bei diesem Monogram sind und weil wir
von den Gelben einmal reden, sei an eine Ge-
schichte erinnert, die sich vor vierzehn Jahren
abspielte. Im Jahre 1910 wurde bei dem
deutschen nationalen Arbeiterführer
Klois Cibula eine Hausdurchsuchung veranstaltet,
bei der sich folgender Brief fand, dessen Abfän-
der der Verband der Industriellen der Bezirke
Wödling, Neunkirchen usw. war:

Unter Bezugnahme auf unsere kürzliche per-
sönliche Unterredung, auf Grund Rücksprache mit
mehreren Verbandsmittgliedern bin ich in der
Lage, Ihnen eine Subvention von 1000
Kronen (Zweitausend, Ann. v. Red.), bis
nach vollzogener Fusion mit den „Neunkirchner
Stimmen“ zuzusagen.

Verlangt wird Zulassung der Zeitung für
ein Jahr, damit sich der Verband von der Hal-
tung der Zeitung überzeugen könne.
Gezeichnet: Kammig m. p.

Es wurden ferner bei dem waderen Teu-
chen gefunden: ein Postanweisungsabschnitt auf
600 K, Absender: Bund österreichischer Industriel-
ler, und ein Brief des Antirepublikaners Frh. Ham-
burger, der ihm 300 K Subvention anbot.

So sieht also ein deutschnationaler Arbeiter-
führer aus. Er nahm von den ärztlichen Scharf-
machern Geld, um die Arbeiter für die Zwecke
der Antirepublikaner einzufangen. Unter dem Vor-
wand des bedrängten Deutschtums werden die
Arbeiter von politischen Abenteurern verkauft und
verraten.

Am 16. und 17. Dezember 1910 fand in
Wiener Neustadt eine Schwurgerichtsverhandlung
statt, in der die Affäre Cibula in ihrer ganzen
Breite aufgerollt wurde. Da wurde gerichtsvor-
ordnungsmäßig festgestellt:

1. Der deutschnationale Arbeiterführer war
tatsächlich beim Neunkirchner Industriellenverband,
einer der größten Scharfmachervereinigungen, um
dort Geld zu erbetteln.
2. Cibula hat vom Neunkirchner Industriel-
lenverband 1000 K tatsächlich erhalten!
3. Er hat dafür die Verpflegung übernom-
men, sein Platz unter die Kontrolle der berück-
sichtigten Arbeiterseinde zu stellen.

Wohl wurde trotz dieser unumstößlichen Fest-
stellungen der angeklagte sozialdemokratische Re-
publikaner verurteilt, aber dieses Urteil ist nicht mehr
als der Ausdruck der parteiischen Gesinnung
deutschnationaler Geschworener. Diese konnten
selbst als Richter ihren tief eingewurzelten Sozial-
istenhaß nicht bezähmen.

Heute aber ist Herr Alois Cibula National-
„Sozialist“ und feiert mit Knirsch
und Burdovsk, mit Krebs und Pachel das Jubi-
läum der „sozialistischen Partei“. Als Symbol
gelber Vergangenheit und puscheliger runderlicher
Gegenwart sollte ins braune Hitlerhemd ein leuch-
tendes N. C. gestickt werden!

Die letzten Patagonier.

Das die Südspitze Südamerikas bildende Pata-
gonien, das lange herrenloses Land war, jetzt aber
zwischen Chile und Argentinien aufgeteilt ist, wurde
im Jahre 1510 von Magalhães entdeckt und von ihm
das „Land der Großfüße“ genannt, während er den
ein Jahr später entdeckten Archipel nach den großen
Lagerfesseln der Eingeborenen den Namen „Feuer-
land“ beilegte. Die Ureinwohner Patagoniens und
des Feuerlandarchipels sind im Aussterben begriffen;
man schätzt ihre Zahl nur noch auf wenige Tau-
sende. Der Ueberberichterstatler des „Zerolo“ Car-
vara, der Patagonien und das Feuerland besuchte,
hatte das Glück, in Punta Arenas, dem Hauptort
des chilenischen Territoriums Magallanes, ein paar
selten gewordenen Nachkommen der Ureinwohner zu
treffen. „Punta Arenas“, so schreibt der italienische
Journalist, „ist eine moderne, schmutzige Hafenstadt
internationalen Charakters mit rund 30.000 Ein-
wohnern, netten, kleinen Holzhäusern, die an engli-
sche „Cottages“ erinnern, elektrischen Straßenbahnen
und den üblichen Hafenneuppen, aus denen dem
Wanderer das unvermeidliche „Yes, we have no ba-
nanas“ entgegenhallt. Engländer sind in Punta
Arenas massenhaft ansässig. Sie sind es auch, die
die Felle von Robben und Pelztieren aufkaufen, die
sie zur Bearbeitung nach England schicken, um sie
nach der Rückkehr hier wieder zu hohen Preisen als
Edelmetall zu verkaufen. Zur Beschaffung des Ma-
terials der Felle haben sich große Gesellschaften ge-
bildet, in deren Dienst die Eingeborenen die Jagd
auf Robben, Fischottern und Wiber ausüben, an den-
nen in den Fjorden von Patagonien und Feuerland
kein Mangel ist. Hier in Punta Arenas sah ich auch
ein paar waschechte Nachkommen jener „Großfüße“,
denen einst das Land gehörte, und die heute hier die
Rolle der „Lezten Mohikaner“ spielen. Es waren
kräftige, schöne Menschen von stattlicher Figur, die im
übrigen aber in keinem Zug an das Bild erinnerten,
das Antonio Pigafetta in der Beschreibung seiner
Weltumsegelung, der ersten, die einem Seefahrer ge-
lang, gezeichnet hat. Pigafetta, der italienische Ge-
sährte des Magalhães auf dessen Entdeckungsfahrt,
war in dem Treffen auf den Philippinen, in dem
Magalhães mit acht Gefährten den Tod fand, eben-
falls ver wundet worden; doch gelang es ihm, die
Weltumsegelung durchzuführen und am 8. Septem-
ber 1522 mit 17 Begleitern glücklich in Sevilla wie-
der anzulanden, nachdem er unterwegs 200 Gefährten
verloren hatte. Von den Patagoniern heißt es in
seiner Reisebeschreibung: „Zu uns kam ein Mann
von riesiger Gestalt, der so groß war, daß wir
ihn knapp bis zum Gürtel reichten. Er hatte ein
breites Gesicht, das unbedingt bemalt war. Diese
Miesen laufen schneller als Pferde. Jeder hatte einen
großen Korb bei sich, aus dem er Gerste mit Palm
und Hülsen ab. Dazu trank sie einen halben Eimer
Wasser, ohne Atem zu holen, auf einen Zug aus.“
Unsere Patagonier nahen uns dagegen mit dem

Bell eines Guanaco, der Spielart des Lamas, das
sie uns für 350 chilenische Pesos zum Kauf anboten.
Unser Gegenangebot von 300 Pesos lehnten sie
schreiend und gestikulierend mit den Worten ab, daß
sie dann noch Geld zulegen müßten. Wie alle tüchtig-
en Kaufleute, willigten sie schließlich aber in den
Kauf auf der Basis von 225 Pesos.“

**Unterhaltskosten von Sträflingen und —
Angehörige.** Der Unterhalt eines Sträflings
kostet täglich 11 bis 14 Kronen, das ist monatlich
341 bis 424 Kronen. Sie erhalten folgende Kost:
morgens Suppe, mittags Suppe und $\frac{1}{2}$ Liter Zu-
speise, abends $\frac{1}{2}$ Liter Zuspeise und für den gan-
zen Tag 600 Gramm Brot, Sonntags Frühstücks-
kaffee und wöchentlich zweimal Fleisch. Zu bene-
den sind sie nicht. Nun gibt es staatliche Ruhe-
ständler, die monatlich 300 Kronen beziehen und
denn, so lange es Arbeitslose gibt, jed- ständige
Beschäftigung unterstellt ist. Da es darunter Fa-
milienväter gibt, so kann man sich nicht leicht vor-
stellen, was für eine Kost die „gemischen“ können,
wenn sie von ihrem Einkommen auch noch Woch-
entlohn zahlen. Ueber den Unterhalts-
beitrag der Arbeitslosen läßt sich fürwahr nichts
sagen; denn er ist — ungenügend. — Da sprach vor
einigen Wochen ein Abgeordneter davon, daß der
Unterhalt eines Staatspferdes jährlich
30.000 Kronen betrage. Stimmt das: wer
wünschte sich nicht als staatliches Ross zur Welt
gekommen zu sein? Es wird ja in den Staats-
dienst übernommen, aufs sorgfältigste gewartet,
gehegt, gepflegt und gesiebt, hat alles, auch die Be-
wunderung seiner Form und Leistung unsonst —
wird aber eines schönen Tages „ausrangiert“, an
den Meißelbietenden ohne Ansehen der Person ver-
kauft, muß sich bald bezahlt machen, um dann rück-
sichtslos bis auf die Knochen geschunden zu wer-
den und schließlich unter dem Messer des Hof-
schlächters zu fallen. Sein Schicksal ist bejam-
merenswert. Da hat es der Ruhesänger doch
besser: er kann sich zu Tode hungern und
kann den Bürgern zur Speise dienen. Die Welt
ist herzlich eingerichtet!

Eine Feuerungs-Protestversammlung fand Ke-
ser Tage im großen Arbeiterheim im Jäger-
dorf statt. Gegen 1000 Personen waren dem
Rufe der Partei, gegen die Feuerung zu protestie-
ren gefolgt. Abgeordneter Gen. Hoeger eröff-
nete in seinem anderthalbstündigen, vorzüglichem
Referat den Versammelten einen Einblick in die
Ursachen und Zusammenhänge der Feuerung und
der Wirtschaftspolitik. — Auch ein Kommunist,
der Sekretär Poliska vom kommunistischen Gewerks-
chaftsverband in Troppau, stieg sich bemüht, zu
sprechen. Solange er sachlich blieb, das heißt,
solange er das wiederholte, was Genosse
Hoeger vor ihm schon ausgesprochen hatte,
hörte man ihn ruhig an. Man begann
er aber in der faßlich bekannten kommuni-
stischen Art die Versammlung zu provozieren, war
es mit der Ruhe vorbei und der kommunistische
Stärkerer hatte es nur der Unständigkeit der so-
zialdemokratischen Arbeiter zu verdanken, daß er
nicht an die Luft gesetzt wurde. Für den Gen.
Hoeger war es im Schlußwort eine Leichtigkeit, mit
dem kommunistischen „Einheitsfrontler“ la Si-
nowjew“ fertig zu werden. Die Resolution fand
einstimmige Annahme.

Die Feier der Internationale in Wistadt
sah am Sonntag im Arbeiterheim in Wistadt
statt. Eingeleitet wurde sie mit dem Chor „Heilige
Allianz der Völker“ von Keise, worauf die Fest-
ouverture von Walter von der Arbeiterheimkappelle
aufgeführt wurde. Die Gedichtes hielt Fachlehrer
Gen. Kowalik aus Freistadt. Er verstand es
in vorzüglicher Weise, die Teilnehmer zu fesseln,
in ihnen den Glauben an die Internationale zu
vertiefen, und damit auch die Zubereit für den
endgültigen Sieg des Proletariats neu zu beleben.
Nicht endwollender Beifall folgte seinen Worten.
Der Chor „Die Internationale“ und zwei Re-
zitationen: „Wir sind so gemein“ von Jones und
„Der Tag wird kommen“ von Pfan, sowie ein
lebendes Bild, darstellend: „Der Völkerverbund
der Völker“, wozu die Teilnehmer stehend den Sozial-
istenmarsch sangen, bildeten einen würdigen Ab-
schluß dieser erhebenden Feier.

Benennung der Gemeinden. Das Oberste
Verwaltungsgericht hat mit dem Erkenntnis vom
4. Mai 1923, R. 7482, folgendes ausgesprochen:
Eine Gemeinde hat keinen Rechtsanspruch, der vor
dem Verwaltungsgerichte verfochtbar wäre, darauf,
daß ihr ein bestimmter Name im Sinne der Ge-
setzes vom 14. April 1920, Sg. Nr. 266, zugewie-
sen werde; aber auch daraus besteht kein Anspruch,
daß etwa der von Amtseigentümern Name nicht
gebraucht werde.

Der Reichsverband deutscher Mittelschullehrer
hat in der Sitzung seiner Hauptleitung vom 27./28.
September folgende Entschlüsse gefaßt: „Das
Parlament ist wieder einmal auf Urlaub gegangen,
ohne auch nur einen Finger für die Staatsbeamten
gerührt zu haben. Die Forderungen, welche wir mit
den anderen Gruppen der Beamtenenschaft erhoben,
sind nicht leichtfertig aufgestellt, sondern von bitterster
Not diktiert. Die Bezüge haben niemals der Feuerung
Rechnung getragen. Trotzdem wurden sie durch das
Gesetz vom 20. Dezember 1922, S. 304, empfindlich
gekürzt, weil man behauptete, daß die Feuerung nach-
lassen werde. Gerade das Gegenteil ist aber einge-
treten. Die Preise der lebensnotwendigen Artikel
haben sich nur kurze Zeit auf gleicher Höhe erhalten,
steigen seit langem und in jüngster Zeit in immer
rascherem Maße. Dasselbe Gesetz hat aber auch
verfügt: Wer nach dem 1. Jänner 1923 heiratet, er-
hält keine Familienzulage, wenn nach dem 1. Jänner
1924 Kinder geboren werden, erhält keine Kinderzu-
lagen. Diese Bestimmungen sind hart, ungerecht, un-
sozial und durch nichts zu begründen. Die ganze

Zum Gedächtnis Josef Seligers.

So wenig es auch notwendig ist, die Erin-
nerung an Josef Seliger in der deutschen Arbei-
terklasse dieses Landes besonders wachzurufen,
weil Seligers Wort und Werk in den proleta-
rischen Organisationen und in ihrer Arbeit und
ihren Kämpfen lebt, — so sehr war es doch für
die leitenden Instanzen jener Organisationen,
denen Seliger die Arbeit seines Lebens gewidmet
hatte, Bedürfnis geworden, der Dankbarkeit der
Arbeiter, ihrer unausslöschlichen Liebe und Treue
sichtbaren Ausdruck zu geben. Sie beschloffen,
die Stelle, die den Leib des toten Kämpfers birgt,
mit einem schlichten Grabmal zu schmücken.

Am 18. Oktober werden es vier Jahre sein,
daß Josef Seliger starb. Am 19. Oktober wer-
den sich die Freunde und Mitkämpfer Seligers
und Abordnungen der proletarischen Organi-
sationen am Grabe des unvergesslichen Führers,
um das nun fertiggestellte Grabmal — ein Werk
des Teplitzer Bildhauers Bagal — zu einer

Gedächtnisfeier für Josef Seliger

versammeln, bei welcher Abg. Gen. Dr. Czech
Worte des Gedenkens sprechen wird.

Um der Feier nicht den Charakter einer poli-
tischen Demonstration zu geben und um sie nicht
aus dem Rahmen einer ganz einfachen Kund-
gebung der Liebe und Freundschaft zu heben,
mußte man sich darauf beschränken, die Organi-
sationen bloß zur Entsendung von Abordnungen
einzuladen. Zur Teilnahme an der Feier wur-
den gebeten die leitenden Instanzen aller proleta-
rischen Organisationen — Partei, Gewerkschaf-
ten, Genossenschaften, Jugendliche, Kinderfreunde,
Krankenkassen, Arbeiterturner, Naturfreunde,
Freidenker, Sängler, Radfahrer — und die Grup-
pen dieser Organisationen im Gebiete der Kreis-
organisation Teplitz-Soaz.

Die Teilnehmer an dieser Gedächtnisfeier
werden sich am

**Sonntag den 19. Oktober, um 9 Uhr vor-
mittags, auf dem Schönerer Konzertsplatz im
Teplitz-Schöner**

versammeln und sich von dort aus in gemein-
samem Zuge nach dem Friedhofe begeben. Die
Feier wird mit Bläserchören und mit Gefängen
der Arbeiterfänger eröffnet und beschlossen werden.

Die Feier wird alle Freunde und Mitarbe-
iter Seligers zu gemeinsamer Bekundung der
Dankbarkeit für den großen Führer und der
Treue zu seinem Werke. Sie wird Erneuerung
des Kampfgelöbnisses für den Sozialismus sein.

Partei Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Kreisorganisation Teplitz-Soaz.

Kreisgewerkschafts-Kommission Teplitz-Schöner.
Konsum-Verein Teplitz-Schöner.

Staatsbeamtenenschaft hat die Aenderung dieses Ge-
setzes verlangt, alle haben die Notwendigkeit dieser
Aenderung eingesehen, aber nichts ist geschehen. Das
ganze Befordungssystem ist überhaupt unmöglich.
Nirgends sonst in der ganzen Welt wird der Staats-
beamte so schlecht gezahlt wie bei uns, nirgends sonst
wird hoch qualifizierte Arbeit, Studium, so gering ge-
wertet, wie bei uns. Daher hat die ganze Beamten-
schaft die Aenderung der Bezüge und die Besserstel-
lung der Akademiker gefordert. Wiederholt wurde
dies versprochen, aber geschehen ist nichts. Wieder-
holt wurde die Erhöhung der Ortszulagen in Aus-
sicht gestellt, wiederholt wurde die Anweisung von
Zulagen versprochen, aber geschehen ist auch da nichts.
Wir wurden immer nur vertröstet und wir haben
uns immer wieder trösten und vertrösten lassen. Mit
großen Hoffnungen haben wir — Aktiv und Passiv-
listen — den Ergebnissen der jetzt abgeschlossenen
Tagung entgegen gesehen. Wir wurden abermals ge-
täuscht. Wir legen nachdrücklich Protest dagegen ein,
daß man die von allen Seiten, Regierung, Parla-
ment, politische Parteien, als durchaus berechtigt an-
gesehenen Forderungen der Staatsbeamtenenschaft igno-
riert und über sie zur Tagesordnung übergeht. Wir
halten ein solches Vorgehen für ein unwürdiges
Spiel mit der Geduld der wehrlosen Beamtenenschaft,
für eine Verhöhnung berechtigter, von der Not dik-
tierter Forderungen. Wir fordern von der Regierung
und von den politischen Parteien die energische Be-
seitigung aller der Erfüllung der Beamtenforderun-
gen entgegenstehenden Hindernisse, die Novellierung
des Gesetzes vom 20. Dezember 1922, die Regelung
und Stabilisierung der Bezüge, Besserstellung der
Akademiker und die Regelung der Pensionistenfrage.“

Wieder ein Straßenbahnunglück in Berlin.
Samstag abend stießen in dem Berliner Vororte
Süden zwei Straßenbahnwagen zusammen.
Es wurden 22 Personen verletzt, darunter
dreizehn schwer. — Nach einer von der Berliner
„Montagspost“ veröffentlichten Statistik haben sich
bei der Berliner Straßenbahn in der Zeit vom
16. September bis 4. Oktober, also in 17 Tagen,
21 Zusammenstöße ereignet, bei denen 77
Personen verletzt wurden.

Wohnungsfürsorgearbeit, die zur Vorfrist mahnt. In der letzten Zeit erhielten eine Reihe von Gemeindevorsteher eine Zuschrift des Jglauer Stadtbauamts August Westerer, worin betreffend Abhaltung eines Vortrages über die Frage der Wohnungsbeschaffung angefragt wird. Der Herr Westerer und ein gewisser Herr Alois Eigel bieten sich an, in den Gemeinden zu sprechen über: 1. die Behebung der Wohnungsnot, 2. Einschränkung der Arbeitslosigkeit, 3. Behebung der Bauaufsicht und 4. Befestigung des Mieterschutzgesetzes in allen größeren Städten der Republik. Obwohl in der Zuschrift keine Anzeichen für irgend eine neue Idee vorhanden sind, wird doch darauf hingewiesen, daß die den Vorträgen zugrunde liegenden Ideen neu, und rasch und sicher in der einfachsten Weise zum Ziele führen. Natürlich werden die Gemeindevorstellungen auch eingeladen, die Kosten dieser Vorträge zu bezahlen. Wir machen darauf aufmerksam, daß weder unserer Partei noch der in Wohnungsangelegenheiten zuständigen Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge etwas über die Art und Zweckmäßigkeit dieser Vorträge bekannt ist. Es ist den Gemeinden dringend zu empfehlen, die erwähnte Zuschrift unbeachtet zu lassen, solange diese Vorträge nicht von einer der genannten Stellen empfohlen werden.

Geistesgegenwart eines Lokomotivführers. In der Station Jagin-Micholany wurde der Zusammenstoß eines Schnellzuges mit einem Personenzug durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers des einlaufenden Schnellzuges vermieden. Der Weichenwärter hatte verabsäumt, die Weiche umzustellen, nachdem die Postambulanz vom Personenzug abgelupelt und auf ein Seitengleise gebracht worden war. Der Schnellzug überfuhr die Weiche und blieb 25 Meter vom Personenzug stehen, da der Lokomotivführer den Personenzug rechtzeitig bemerkt hatte und durch entschlossenes Eingreifen ein schweres Unglück verhüten konnte.

Vom Schnellzug getötet. Auf der Strecke Prag-Entschow wurde Samstag vormittag beim Hotel „Union“ in Kusle der Anstaltsarbeiter Wenzel Huml aus Chlustin vom Schnellzug erfaßt und sofort getötet. Dem Verunglückten wurde die Schädeldecke zertrümmert. Wie das Unglück geschah, konnte bisher nicht festgestellt werden, doch besteht die Annahme, daß es sich um einen unglücklichen Zufall handelt. Huml ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Ludendorff als Sieger. Was dem General als Leiter des Weltkrieges versagt war, hat er jetzt in München erreicht: er ist Sieger geworden. Sieger in einer Hundstrecke. Seine Exzellenz ließ seine Hunde trotz Hundstrecke auf der Straße ohne Behrford frei laufen. Viele Hunde wurden deshalb erschossen. Als gegen den General wegen Verletzung der leuchtendpolizeilichen Vorschriften Anzeige erstattet wurde, sollten auch die Generalhunde abgehandelt und erlassen werden. Aber im Hause Ludendorff wirft man auf Gesetz und Verordnung und auf staatliche Autorität. Die Herausgabe der Hunde wurde verweigert. Und der General ließ seinen Rechtsanwalt mit einer Befehlskarte los. Die zwei Verweigerer, über die das Todesurteil verhängt war, brachten alle Instanzen hinauf zu einem hohen Ministerium in Bewegung und Aufregung. Die Regierung von Oberbayern schickte eine Entschickung in die Welt, daß die Anordnung des Bezirksamtes wegen Tötung der beiden Hunde zu Recht ergangen sei; aber die Regierung forderte zugleich den zuständigen Stadtrat München auf, die Tötung der Hunde zu unterlassen, weil eine Ministeranweisung in dieser Hundesache zu erwarten sei. Und nun entschloß sich auch das Ministerium; es wand sich zwischen einerseits und andererseits hindurch und kam zu dem — übungs ganz vernünftigen — Entschluß, wenn er für alle gilt, daß die Hunde, die nun einmal der Gefahr der Tötung entgangen sind, auch am Leben bleiben dürfen; es genüge, wenn andere leuchtendpolizeiliche Schutzmaßnahmen getroffen werden. Der Münchener Stadtrat hat nun auch diese Maßnahmen angeordnet. Der Garten, in dem die Hunde freilaufen, muß mit einem hohen Drahtzaun umgeben werden. Die Hunde werden auf ein Jahr unter Polizeiaufsicht gestellt und alle 14 Tage werden sie amtstierärztlich untersucht. Wenn die Hunde irgend einem Meister oder Müller gehört hätten. Da aber das „Herrl“ Ludendorff hieß, konnte er stolz als Sieger aus dieser Schlacht mit der Behörde hervorgehen.

Aus der Budapester Gesellschaft. Der Wiener „Montag“ meldet aus Budapest, daß die Budapester Polizei im Begriffe steht, eine sensationelle Affäre aufzudecken, in deren Mittelpunkt die Kammerfängerin Charlotte Neddi steht. Charlotte habe ein 19jähriges Mädchen, Mathilde Meßler, ein böhmisches kleines Mädchen, die sie für ihre Näherin meldete drei Monate eingesperrt gehalten und fürchterlich gequält. Sie habe sie gezwungen nach herumzulaufen und sich so den Männern zu zeigen. Die kleine Meßler ist in den drei Monaten, in denen sie von der Sängerin festgehalten wurde, zum Skelett abgemagert; wenn man in dem vornehmen Hotel, in dem die Sängerin wohnte, Schrei der Gepeinigten hörte, und die Kammerfängerin fragte, was denn eigentlich bei ihr vorgehe, sagte sie: „Es ist meine hysterische Näherin, die nicht arbeiten will. Sie macht mir fortwährend diese schrecklichen Szenen.“ Die Erhebungen dieser Affäre sollen in graver Zukunft durch die Frauen der vornehmsten Budapester Gesellschaft kompromittiert erscheinen, ergeben haben.

Eine Strafe von 46 Millionen Kronen. Wie die Blätter melden, wurde der Firma Hohenloherwerke in Kattowich wegen Steuerhinterziehung eine Strafe in der Höhe von sieben Millionen Pfund, ist gleich ca. 46 Millionen Kronen, aufgelegt.

41 Millionen Fremde jährlich in Italien. Die „Agenzia Stefan“ veröffentlicht auf Grund der Volkszählung vom Jahre 1921 einen Bericht und stellt fest, daß in der ersten Hälfte dieses Jahres in Italien 39,900,000 Personen wohnhaft und 41,000,000 sich vorübergehend aufgehalten haben.

Vor einem Standgericht in Ostrog in Polen wurde gestern gegen fünf Banditen, die angeklagt waren, vor einigen Tagen einen Bürger der Stadt Ostrog überfallen und ausgeraubt zu haben, das Todesurteil gefällt. Die Hinrichtung wurde durch Erschießen vollstreckt.

Große Ueberschwemmungen in Südfrankreich. Die Pariser Zeitungen melden neue Ueberschwemmungen im Süden Frankreichs, welche größeren Schaden verursachten.

Sechs Millionen Pfund Defizit der Weltweber Ausstellung. „Sunday Express“ hält es für sicher, daß die britische Reichsausstellung im West-End einen großen finanziellen Fehlschlag bedeute. Das Defizit werde wahrscheinlich über sechs Millionen (!) Pfund betragen.

Der Alkoholschmuggel in Amerika. In den New-Yorker Häfen wurde ein englischer Dampfer eingeschleppt, dessen Besatzung — 28 Mann und zwei Frauen — unter bewaffneter Bedeckung stand. Es wird behauptet, daß das Schiff Alkohol im Werte von einer halben Million Dollars an Bord hatte. Die Prohibitionsbehörden glauben, einem riesigen englisch-amerikanischen Alkoholschmuggelunternehmen auf die Spur gekommen zu sein, das mit einem Kapital von zehn Millionen Dollars arbeitet.

Eine wichtige Erfindung für das Straßenbahnenwesen. Eine wichtige Erfindung scheint einem Wiener Techniker gegliedert zu sein. Er hat eine zerlegbare Straßenbahnschiene konstruiert, die aus zwei Teilen besteht. Der eine Teil ist ein Schienenfuß, der ständig verlegt bleibt, und der andere Teil ein Schienenkopf, der nach seiner Abnührung ohne Lageveränderung des Schienenfußes ausgewechselt werden kann. Die Verbindung der beiden Teile ist derart einfach, daß die Auswechslungen selbst während des Betriebes vorgenommen werden können. Falls die Erfindung bei ihrer praktischen Anwendung sich bewähren sollte, würde sie einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiet des Straßenbahnbauwesens bedeuten, wenn man bedenkt, daß dadurch die umständlichen Pflasterarbeiten vermieden würden, daß nur ein kleiner Teil der Schiene ausgewechselt werden müßte und die Nachtarbeit vermieden werden könnte.

Das Land ohne Wohnungsnot. Während auf der ganzen Welt mehr oder minder fühlbar, die Wohnungsnot herrscht und die sozialen Verhältnisse unerträglich macht, ist Schweden in der glücklichen Lage, dieses Uebel von seinen Grenzen gebannt zu haben. Zeit 1918 hat man ganze Städte zu zweihundert bis fünfhundert Häusern erbaut. An schmuckvollen Straßen erheben sich die schmucken Bauten inmitten gepflegter Gärten und schattiger Anlagen. Der Magistrat dieser Städte bietet den Bewohnern die Möglichkeit, selbst Hauseigentümer zu werden. Durch ein geschickt ausgedacht System von Teilzahlungen kann der Einwohner nach und nach Besitzer eines Eigenheimes werden.

40.000 Blinddarmoperationen durchgeführt. Professor Dr. Rottler, bis vor kurzem leitender Chirurg im Berliner St. Hedwigs-Krankenhaus, ist verstorben. Rottler war als Arzt und medizinischer Schriftsteller eine weit hin bekannte und hochgeschätzte Persönlichkeit. Er war einer der geschicktesten Operateure. Er hat nicht weniger als 40.000 Blinddarmoperationen in seinem Leben ausgeführt, galt aber auch als ein besonders erfahrener Gallenblase-Chirurg.

Mineralkatastrophe in der Ostsee. Wie aus Helsingfors berichtet wird, ist der nordwestliche Dampfer „Alf Jari“ im offenen Meere vor den Vorgebirgen Schären auf eine Mine gelaufen und gesunken. Der Besatzung gelang es, sich zu retten, sie wurde vom Dampfer „Tödem“ aufgenommen und nach Helsingfors gebracht.

Der fliegende Krankenwagen. In der Wildnis des schwedischen Nordens, wo die Anstaltungen weit auseinanderliegen, und das nächste Krankenhaus meist nur in umständlicher und zeitraubender Fahrt mit Wagen, Schlitten oder Bahn zu erreichen ist, hat man jetzt den Versuch gemacht, das Fliegen in den Dienst der Krankenversorgung zu stellen. Das schwedische Rote Kreuz hat in Roden ein Kranken-transportflugzeug stationiert, das auf Anforderung eines Arztes sofort zur Verfügung steht. Es ist mit Schwimmern und Rollen versehen, also im Sommer auf dem Wasser, im Winter aus Eis und Schnee zu benutzen. Man hat durch Rekognoscierungsflüge eine Anzahl Blöcke ermittelt, auf denen das Flugzeug bequem landen und aufsteigen kann, um die Kranken abzuholen. Bis auf weiteres werden die Transporte umsonst ausgeführt. Nur ein Hindernis gilt es zu überwinden: die Furcht der Bevölkerung vor Krankenwagen und Operation, während sie vor dem Fliegen selbst nicht zurückschreckt.

Ein junges Mädchen ermordet und beraubt. Spielende Kinder machten am Freitag nachmittags in Leipzig am Blaudt an der Berliner Straße einen grausigen Fund. Dicht hinter dem Nordfriedhof lag die Leiche eines jungen Mädchens in einer großen Wühlgrube, daneben eine Laute, in ein Futteral gehüllt. Die sofort an den Tatort gefandene Mordkommission stellte fest, daß es sich um die 19jährige Kontristin Hildegard Wechselbaum handelt, die seit Donnerstag vermißt wurde. Das junge Mädchen war am Donnerstag abends in einen Wanderverein

gegangen, von dem sie nicht mehr zurückgekehrt ist. Die Untersuchung des Leichnams ergab, daß das Mädchen durch einen schweren Schlag auf den Hinterkopf getötet worden ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist an der Leberfalken ein schweres Sittlichkeitsverbrechen begangen worden. Der Mörder hat nach der Bluttat sein Opfer ausgeraubt und die Leiche von der Blaudtmauer hinabgeschleudert. Von dem Täter hat man bis zur Stunde noch keine Spur. Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ermittlung eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Witterungsüberblick vom 6. Oktober. Der Durchzug eines Ausläufers der nordwestlichen Depression brachte Sonntag in der Westhälfte der Republik Trübung und Niederschläge. Festlich der Moldau stieg die Temperatur durchwegs über 20 Grad Celsius. Die stärksten Regenfälle hatten Nordböhmen und Mähren (10 bis 26 Millimeter). In diesen Gegenden regnete es auch noch Montag früh. Die Ostlawakei ist noch unbefenchtet. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Andauern des unbeständigen Witterungscharakters.

Volkswirtschaft.

Der Kampf der Porzellanarbeiter.

Das Hauptargument, auf welches die Unternehmer immer wieder zurückgriffen, war die deutsche und die ausländische Konkurrenz. Es ist aber heute kein Geheimnis mehr, daß die deutsche Porzellanindustrie auf der letzten Leipziger Messe kein gutes Geschäft gemacht hat, weil ihre Verkaufspreise zu teuer waren und es steht fest, daß unsere Porzellanindustrie mit Aufträgen überhäuft ist. Es wurde den Unternehmern auch bei ihrem Lamento entgegengehalten, daß doch das Skoolin, welches die deutschen Fabriken aus der Tschechoslowakei beziehen, um 25 Prozent teurer bezahlt werden muß, sie also schon-beim erstklassigen Rohprodukt einen Vorsprung zu ihrer Konkurrenzfähigkeit haben, ganz abgesehen von den Frachtkosten.

Oder hindern vielleicht die hohen Löhne der Arbeiter die Industrie an ihrer Konkurrenzfähigkeit? Im Gegenteil! Diese sind, verglichen mit den deutschen Löhnen viel niedriger. Ebenso haben die Porzellanarbeiter Deutschlands bestimmte Garantielöhne, die sie erhalten müssen, was bei uns nicht der Fall ist. Die mangelnde Konkurrenzfähigkeit muß ihre Ursache in anderen Dingen haben, es ist bekannt, daß die Betriebe für technische Verbesserungen zum größten Teile nicht viel übrig haben.

Bei den Verhandlungen war es das Bestreben des Syndikats des Arbeitgeberverbandes, den Arbeitervertretern nachzuweisen, daß eine Teuerung gar nicht besteht. Nur dem Indermaterial welches er brachte, war überhaupt alles billiger geworden. Dieses Kunststück war es leichtes, wo die Tatsachen eine ganz andere Sprache führen.

Immer wieder erklärten die Industriellen, das könne die Industrie unmöglich ertragen und es müßte unvermeidlich zur Schließung der Betriebe führen. Ein seltsamer Widerspruch dazu ist, daß eine kleine Firma in Altshaus sich den Luxus erlaube, ihrer Arbeiterschaft 10 bis 15 Prozent auf ihre derzeitigen Löhne auszubessern, damit sie weiter arbeiten und nicht in den Ruhezustand treten. Hier hat also die Konkurrenzfähigkeit nicht gelitten.

Alle diese Argumente, welche von den Vertretern der Unternehmer vorgebracht wurden, hat die Arbeiterchaft als das gewertet, was sie in Wirklichkeit sind: Der starre Standpunkt des Unternehmertums, wohl aus ihrer Arbeiterschaft herausfinden, was menschlich möglich ist, ohne selbst in Zeiten gesteigerter Lebenshaltungskosten ihre eine Lohnausbesserung zu bewahren. Ganz trocken hat dies auch der Vorsitzende der Verhandlungen erklärt: „Selbst wenn der Nachweis als erbracht angesehen werden kann, daß die Teuerung besteht, sind sie nicht im Stande eine Lohnerhöhung zu gewähren.“

Es ist bekannt, daß die Arbeitsintensität nicht nur von den Ernährungsverhältnissen der Arbeiter abhängt, da alle Arbeit nicht nur Mute, sondern auch Nerveneinwirkung ist. Die Arbeitsleistung hängt also, nicht nur von einer auskömmlichen Ernährung ab, sondern auch davon, in welchem seelischen Zustande sich der Arbeiter befindet.

Verstehen die Industriellen diese Zusammenhänge nicht? Es scheint so. Wenn der Arbeiter täglich von der Arbeit zurückkehrt, von seinem gequälten Weibe zu Hause hören muß, daß der ganze Lohn auf das bishen Essen davon geht und sie nicht insstande ist, den Kindern die notwendigen Kleider, das bishen Schuhwerk zu kaufen, ohne welches sie nicht zur Schule geschickt werden können, in welcher Stimmung geht der Arbeiter am nächsten Tage in die Arbeit! In Zeiten wo die Unternehmerintensivste Arbeitsverlangern, zerstören sie die psychischen Voraussetzungen, die dazu unerlässlich sind.

Der Arbeiter verdient heute etwa das siebenfache des Lohnes der Vorkriegszeit, während die Lebenshaltungskosten immer noch mehr als das neunfache betragen. Wenn wir nun sehen, daß der Arbeiter seine Preise so erstellt hat, daß er etwa das vier- bis fünffache der Vorkriegszeit bekommt, so begriff man schon, daß, wenn er das siebenfache verdienen muß, des nur geschehen

kann, wenn er auf Kosten seiner Gesundheit und geheure Mehrleistung verbirgt.

Die Arbeiterchaft kämpft um ihre Existenz. Was sie verlangt, ist nichts anderes, als daß sie selbst und ihre Kinder nicht unterenüßigt der Tuberkulose erliegen, daß ihre Frauen nicht im hoffnungslosen Kampf mit dem Elend zu Grunde gehen; daß sie sich physisch und psychisch arbeitsfähig erhalten. Es ist kein Gedanke der industriellen Produktion möglich, wenn Sorge und Not im Heim des Arbeiters, seine Arbeitslust untergraben.

Nach zwei Jahren.

Die Gelben gegen die Zentralisierung der Bergarbeiterversicherung.

Am 1. Oktober 1924 ist, das neue Brudersadengefetz in Kraft getreten. Als es vor zwei Jahren am 11. Juli 1922 im Parlament beschlossen wurde, haben alle Bergarbeiter diese historische grundlegende Umgestaltung der Brudersadensadens resp. Bergarbeiterversicherung begrüßt, denn sie bedeutete die Aufhebung der Brudersadensadensadens aus dem Jahre 1889. Keine Stimme erhob sich dagegen und kein Wort des Protestes aus den verschiedenen Parteigruppen der Bergarbeiter wurde laut. Selbst die Werkbesitzer mußten sich dazu verstehen, ihren Groll öffentlich zu unterdrücken. Nur über die „Belastung der Bergbauindustrie“ haben sie gemurmelt. Aber auch sie waren mit einer radikalen Beseitigung des vierzigjährigen Brudersadensadens einverstanden, und haben sich zu einer ansehnlichen Buße begeben müssen.

Zwei Jahre lang konnte dieses neue Brudersadengefetz nicht in Kraft treten. Teils war die passive Resistenz der Grubenarbeiter, teils die Schwierigkeiten bei der Liquidierung resp. Zentralisierung der 85 einzelnen Brudersadensadens zu Revierrudersadens die Schuld. Es hat lange gedauert, aber vernünftige Menschen wissen, daß eine durch mehr als 35 Jahre eingelebte und von der österreichischen Regierung gebildete Versicherungslumperei, die nur als Bergarbeiterzustimmung zu dienen hatte, nicht in einigen Wochen beseitigt werden konnte. Die Bergarbeiter aller Parteilichungen waren mit dem neuen Brudersadengefetz einverstanden. Mit keinem Wort wurde dieses historische Ereignis für die Bergarbeiter von den Gelben mehr einmal erwähnt, geschweige getadelt.

Nun rückt das Unheil heran — die Reichskonferenz der deutschen Nationalsozialisten hat am 28. September 1924 — also nach 26 Monaten einstimmig eine Entschickung gegen die „Zentralisierung der Bergarbeiterversicherung“ angenommen. Darüber berichtet das Organ der Gelben „Der Tag“ vom 1. „Hilsharts“ (Oktober) 1924:

Gegen die Zentralisierung der Bergarbeiterversicherung.

Bei der Reichskonferenz der deutschen Nationalsozialisten in Trautau wurde über Antrag des Sekretärs des nationalsozialistischen Bergarbeiterverbandes Prose-Bräu folgende Entschickung einstimmig angenommen:

„Die am 27. und 28. September 1924 in Trautau tagende Reichskonferenz der deutschen Nationalsozialisten protestierte erbittert gegen die Verdrängung der deutschen Bergarbeiter von ihren Arbeitsplätzen und Beschaffung derselben durch tschechische Arbeiter. Insbesondere erhebt sie energische Einspruch gegen den Angriff auf die Bergarbeiterbrudersadensversicherung. Da am 1. Oktober d. J. die neue Brudersadensversicherung in Kraft treten soll, verlangt die Reichskonferenz der Nationalsozialisten die vollständige nationale Zentralisierung der Zentralbrudersadens und Verwaltung der von deutschen Bergarbeitern eingezahlten Beiträge durch deutsche Beamte. Die Reichskonferenz macht die gesamte Bergarbeiterchaft dieses Staates nachdrücklich aufmerksam, daß die am 1. Oktober d. J. in Kraft tretende Brudersadensversicherung nichts anderes bedeutet, als eine Bedrohung und Wegnahme einer deutschen Bergarbeiter gehörenden Einrichtung und Unterstellung derselben unter eine tschechisch zentralisierte Verwaltung.“

Die Reichskonferenz fordert alle deutschen Bergarbeiter auf, mit ihr den Kampf gegen eine solche Entschickung mit aller Kraft anzunehmen.“

Reichlich drei Jahre lang hat der Sekretär Prose geschlafen. Er kann sich doch nicht ausreden von den Bestrebungen der Bergarbeiter nach einer grundlegenden Reform der Bergarbeiterversicherung nichts gewußt oder gelesen zu haben? Die Beschlüsse der Bergarbeiterkoalition vor mehr als einhalb Jahre in den Reichs- und Revierrudersadens, hinter denen mehr als 80 Prozent aller Bergarbeiter stehen, sollen dem genialen Sekretär des gelben Vereines entgangen sein? Doch wir wollen nicht so streng urteilen, denn der Liebling des Bergates Hüttemann hat weder einen Schacht inwendig gesehen, noch hat er eine Abnung von der Bergarbeiterversicherung. Er ist bloß darauf aufmerksam gemacht worden, daß er „protestieren“ muß, weil das System Hüttemann mit seinen „Balansen“, und „Wühlsteinen“ stark erschütter wurde und das ist unstrittig ein großer Verlust für die nationalsozialistische Partei. Der Sekretär Prose ist jedenfalls viel verspätet in Bewegung gesetzt worden und seine Protestaktion in Trautau, also weit weg v. Bräu, nimmt sich nach 2 Jahren sehr komisch aus. Die gelbe „Entschickung“ in Trautau ist sehr zahm gehalten, sie erhebt bloß Einspruch und sagt nicht wo und wie, noch was weiter geschehen soll. Sie tröstet sich mit der Aufforderung, daß alle deutschen Bergarbeiter den Kampf für die Forderung Prostes aufnehmen sollen. So ganz billig und kostenlos hat Herr Prose den Auftrag erfüllt und drüber im stillen Böhmen hat er die Tat vollbracht. In Bräu am Site seines gelben Vereines hat er das gar nicht riskiert,

Verbandstag der Buchdrucker.

Der außerordentliche Verbandstag der Buchdrucker in der tschechoslowakischen Landtagsstadt Prag...

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß...

Evidenznummer

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich Ks 16., vierteljährig Ks 48., halbjährig Ks 96., ganzjährig Ks 192. — und ist stets im vorhinein zu entrichten...

treten, bisher nicht gehalten habe. Sollte der erwartete Erfolg ausbleiben, so ist mit einer Ausbreitung der Bewegung auch auf die Notendruckerei zu rechnen.

Kleine Chronik.

Ein Vorkämpfer in Rom. Den größten Vorkämpfer der Welt wollen jetzt die Römer bauen. Die Verhandlungen darüber sind bereits im Gange...

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Dienstag, den 14. Oktober, 8 Uhr abends, findet im Verein deutscher Arbeiter, Prag II., Smetanagasse, eine Sitzung der

Mitteilung aus dem Publikum.

295 Ks kostet ein Damen-Paletot aus Seiden-Büsch, ganz auf Seide gearbeitet, bei Vusch, Damen- und Badisch-Konfektion en gros und en detail, Prag, Příkop 27 (Mitte des Grabens), Großer Bazar — nur I. Stock. Keine Schaufenster! 2958

Kunst und Wissen.

Die Frau im Hermelin. Jean Gilberts beste Operette fand auch bei ihrer Wiederaufnahme in den Spielplan den verdienten Beifall. Herr Zilling ist in seiner alten Rolle so gut wie nie...

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Dienstag „Chevalier Seingall“; Mittwoch „Entführung aus dem Serail“; Donnerstag „Polenblut“; Freitag neuinstudiert „Ariadne auf Naxos“; Samstag „Weib im Purpur“; Sonntag halb 3 Uhr Staatsbeamten „Vetter aus Dingsda“, abends „Ariadne auf Naxos“.

Berausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cerman. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-L.G., Prag.

Turnen und Sport.

Slavia schlägt Sparta 2:1 (1:1)!

27.000 Zuschauer. — Der Slaviaplatz vollig gesperrt. — Der Sieg der Slavia ungemein populär. Nach den letzten überraschend guten Ergebnissen der Sparta hat wohl die Mehrzahl der Prager Fußballanhänger diese Mannschaft als Favoritin...

Die Spannung der Zuschauer auf dem überfüllten Slaviaplatz — der Platz war eine halbe Stunde vor Spielbeginn vollig gesperrt worden, da er nicht mehr als 27.000 Personen fassen konnte...

Bei der Sparta wirkte besonders das Verjagen Kadak im zweiten Halbzeit depressierend. Er wurde vom Dreizehner der Slavia fast jedesmal ohne Mühe überspielt...

Die Entscheidung fiel erst drei Minuten vor Schluss unter ungeheurer Beifall der Menge. Die Sparta erzielte ihr einziges Tor aus einer Offsidestellung, die der Schiedsrichter übersehen hatte...

Die Slavia war nach Abschiff der Gegenstände stürmischer Dationen. Im Ru war das ganze Spielfeld von der Menge überschwenmt, die einige Slaviaplayer auf den Schultern in die Kabine trug...

Bei der Slavia fiel die Geschlossenheit der Reihen wohlthuend auf. Peticha, der seinem Gegenüber Kadak um eine Klasse überlegen war, dirigierte meisterhaft das Spiel...

Der Film.

Die Schlacht (La bataille). Die Filmbearbeitung des Romans von Claude Farrere, der derzeit in den Prager Kinos Lucerna, Hvězda und Radio (neu eröffnet) vorgeführt wird...

Das die Absicht der französischen Filmgesellschaft war, so kann man ihr ruhig versichern, daß sie sich manchmal auch dort an die Vorlage hielt...

Der Japaner nur als einen geriebenen, seine Lehrmeister letzten Endes nur ausnützen wollenen Schüler hinzustellen, wirkt dazu auf die Dauer sehr lächerlich...

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag „Pariser Leben“; Mittwoch „Pariser Leben“; Donnerstag „Der Sprung in die Ehe“; Freitag „Pariser Leben“; Samstag Premiere „Prozess Bunterbart“; Sonntag 3 Uhr „Fühlingswachen“, abends „Prozess Bunterbart“.

Berausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cerman. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-L.G., Prag.

Die bessere Mannschaft hatte in vorbildlicher Weise ihren gefährlichsten Gegner geschlagen. Das entschied bei den Zuschauern, die zu Beginn des Zweites saßen in so überwältigender Anzahl für die Slavia eingenommen waren...

DfC. Prag gegen Hamburger SA 1:2 (1:0). Der besten deutschen Mannschaft gelang es auf eigenem Boden, den Prager DfC knapp, aber sehr glücklich zu schlagen. Der DfC konnte nur in der ersten Halbzeit das Feld beherrschen...

Andere Wettspiele. Länderkampf Woles gegen Südafrika 1:0. — Länderkampf Dänemark gegen Belgien 2:1 (2:0) in Kopenhagen. — Länderkampf Belgien gegen Luxemburg 1:1 (2:1). — Prag gegen Sparta Kofka gegen Lieben 2:3 (1:2). Malostranský gegen Praha VII 2:0 (2:0). Meteor Vinohrady gegen Viktoria Kufle 2:0 (1:0). Rakovicko gegen Brnovice 2:3 (0:2). Slavia VIII gegen Sportbrüder 5:1 (4:1). — Teplitz. IFA gegen Sportbrüder Schredentzin 9:1 (6:0). DfC. Prag (Alte Herren) gegen Teplitzer Theatermannschaft 1:0. — Pilsen. Olympia gegen GfA. Bin. 2:1 (0:1). — Pardubitz. MFK gegen Dracok Kralove 2:1 (1:1). — Brünn. SA. Zdenice gegen Meteor VIII 2:1 (1:1). — Karlsbad. Karlsbader JK gegen Slavoj Zlatov 7:0 (2:0). Sparta Karlsbad gegen DfC. Teplitz 7:1 (2:1). — Ráth. D. Slov. gegen MČSpa. 3:1 (2:1). SA. Mor. Dstr. gegen DfC. Oderberg 6:1 (3:1). — Troppan. Hertha Troppan gegen SA. Grusov 1:1. — Warasdorf. DfC. Wolsdorf gegen DfC. Warasdorf 2:1 (0:2). — Saaz. DfC. Sturm Prag gegen DfC. Saaz 0:2 (0:1). — Wien. Simmering gegen Rapid 5:4 (2:1). Amateur gegen Vienna 2:1 (1:1). Sportklub gegen Wader 1:1 (0:0). WdK gegen Floridsdorf 1:0 (1:0). Bewegungsspiel gegen Sturm 0:1 (0:0). DfC. Sturm gegen Nikolson 3:1. International gegen Weid Eif 3:1. Hertha gegen Sportfreunde 1:0. Germania gegen Vorwärts 1:0 (1:0). Gerschlo gegen Glädter 2:1 (1:1). Strakenbach gegen Sturm XIV 3:0 (0:0). Donau gegen Donaustadt 3:0 (0:0). Jedlersdorf gegen Neuhau 1:0. Budapest. Mafosh Wien gegen FC. 2:1 (1:1). MFA gegen Universität 0:0. DfC. gegen Basas 3:3. WAC gegen Törföcs 2:1 (0:1). — Kraan. Eracova gegen Wabel 2:0 (2:0). — Magdeburg. Sport- und Spielvereinigung gegen Fortuna 2:1. — Hamburg. Victoria Hamburg gegen St. Pauli 1:2. St. Georg gegen Concordia 3:0. — Harburg. Städtepiel Harburg gegen Bremen 4:0. — Rürnberg. J. FC gegen Spielvereinigung Fürth 3:0 (1:0). — Belgrad. Agrar gegen Bialato 3:2 (3:0). — Agrar. Baal gegen Gloria Finne 6:1 (3:0).

Telegraphenangelegten. Das modern eingerichtete Kino verspricht ein Anziehungspunkt aller Angestellten und Arbeiter zu werden, zumal es bestrahlt ist, auch erzieherische Filme mit zur Vorführung zu bringen. Das beweist der zweite derzeit vorgeführte Großfilm, der in ausgezeichneter Weise den Zuschauer in die Arbeit einführt...

Ribo-Ribo: Im Ribo-Ribo rollt der Film „Der Viedling aus New York“ mit Baby Peggy in der Hauptrolle. Von der herbenden Mutter über das Meer zum Großvater nach Amerika geschickt, gerät sie durch Zufall in die Obhut eines ebnfalls nach New York reisenden Mitspieler einer Verbrecherbande. In der von dem Kinde zärtlich geliebten Lappenpuppe entdeckt der Schmeißler ein geeignetes Versteck für seine Diamanten...

Kalla's Fischkonserven. werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.